Heinhard Steiger

Das natürliche Recht der Souveränität der Völker

Die Debatten der Französischen Revolution 1789–1793

I. Einleitung

a. Selbstbestimmungsrecht der Völker und souveraineté des peuples

„Selbstbestimmung der Völker“ ist in der Gegenwart ein im internationalen Recht verankertes positives Recht¹. Es ist jedoch in seiner politischen Funktion wie auch in seinem rechtlichen Inhalt umstritten. In der politischen Praxis der vergangenen sechzig Jahre wurde es vor allem fremdbeherrschten Völkern, insbesondere Kolonialvölkern gegen die Herrschaft der Kolonialmächte zugestanden und in Anspruch genommen, um sich von der Fremdherrschaft zu befreien, einen eigenen, unabhängigen souveränen Staat zu bilden, sich eine eigene Verfassung zu geben und ausschließlich über die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Ordnung und Entwicklung zu entscheiden. Es wurde aber auch vor der Wiedervereinigung Deutschlands von (west-)deutscher Seite für eine Vereinigung der in zwei Staaten geteilten deutschen Nation in einem Staat in Anspruch genommen². Heute begründen damit Völker oder Volksgruppen in bestehenden Staaten Ansprüche auf Lossagung von diesen und Organisation in einem eigenen souveränen Staat, Kosovaren, Tschetschenen, Abchasen, Basken u. a. Rechtlich umstritten ist vor allem, wer nach welchen Kriterien als ein „Volk“ zu bestimmen, also Träger des Rechtes ist, sowie worauf das Recht gerichtet ist, Autonomie, Gründung eines eigenen Staates, Anschluß an einen anderen.

In der politischen Philosophie der Aufklärung des 18. Jahrhunderts und in der Argumentation der französischen Revolution werden die Begriffe „Selbstbestimmung“, „Selbstbestimmungsrecht“ und ihre – heutige – französische Entspre-

¹ Art. 1 Abs. 1 Int. Pakt über bürgerliche und politische Rechte, BGBl. (1973) II, 1534 und Art. 1 Int. Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, ebd. 1570: „Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung.“

² Z. B. Bundeskanzler Konrad Adenauer in einem Appell an die Sowjetunion vom 17. Juni 1961, in: *Boris Meißner* (Hrsg.), *Die deutsche Ostpolitik 1961–1970, Kontinuität und Wandel, Dokumentation* (Köln 1970) 19. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier in einer Erklärung vom 30. Juni 1961, ebd. 23; weitere Nachweise im dortigen Sachregister.

chung „auto-détermination“ der Völker oder „droit des peuples de disposer d’eux-mêmes“ nicht verwendet.

b. Souveraineté du peuple

Jedoch könnte das Prinzip der „souveraineté du peuple“ oder „de la nation“ einen Anknüpfungspunkt für das moderne Selbstbestimmungsrecht bilden. In den verfassungsrechtlichen Debatten um die Gesetzgebungsgewalt und das Vetorecht des Königs 1789/90 sowie die Kompetenz zur Entscheidung über Krieg und Frieden 1790 bildet die „souveraineté du peuple“ oder „de la nation“ die Grundlage für die Zuordnung der von der Nation oder dem Volk delegierten Gewalten an die Legislative einerseits und den König andererseits. In der erstgenannten Debatte wurde mehrfach die Formulierung „la puissance souveraine/la souveraineté réside dans le peuple/la nation“ verwendet³. In Titre III Art. 1 der Verfassung von 1791 heißt es „La souveraineté est une, indivisible, inaliénable et imprescriptible. Elle appartient à la Nation“⁴. Diese wird ohne weitere Begründung oder inhaltliche Bestimmung als naturrechtlich gegeben vorausgesetzt. Das war in der politischen Philosophie der Aufklärung hinreichend vorbereitet worden. Nunmehr wurde es praktisch. Verschiedentlich wird das französische Volk auch als „peuple libre“ oder „nation libre“, mit und ohne Verbindung mit „souveraine“, bezeichnet, d.h. als ein Volk, das die Menschenrechte verankert und sich von der königlichen Herrschaft, ihrem Despotismus befreit hat⁵.

Ab 1790 treten außenpolitische Herausforderungen hinzu und allmählich in den Vordergrund. Vor allem in den Debatten um einen Krieg 1791/92 zur Verteidigung der eigenen Freiheit und Souveränität sowie 1792/93 nach dessen Ausbruch in den Debatten zum Umgang mit den „befreiten Völkern“ wird mit universalisierenden Formulierungen „souveraineté des peuples“, „droits sacrés des nations“ u. a. allen Völkern Souveränität und Freiheit als vorgegebenes Recht zugesprochen, das sie, wenn es gefährdet ist, verteidigen dürfen und, wenn sie es noch nicht verwirklicht haben, verwirklichen sollen. So ergibt sich die Frage, ob und inwieweit von dorthin ein Zusammenhang der souveraineté des peuples mit dem heutigen Selbstbestimmungsrecht konstruiert werden kann. Ihr soll an Hand der öffentlichen Debatten in den drei Repräsentativversammlungen zwischen 1789

³ Zuerst wohl *Rhedon*, *Moniteur* 1, 296; *Crénière*, 1, 414; *Mounier*, 1, 420; *Malouet*, 1, 442; *Robespierre*, 2, 81; *Dubois de Crancé*, 2, 495; *Mirabeau*, la nation étant souveraine, n’est liée que par ses propres actes, 1, 320, *ders.*, la souveraineté du peuple, 1, 404. Offenbar werden „peuple“ und „nation“ nicht klar unterschieden, sondern eher gleichgesetzt.

⁴ Im ersten Entwurf des Verfassungsausschusses, den der Erzbischof von Bordeaux und Clermont-Tonnerre am 27. Juli 1789 präsentiert hatten, war diese Formel noch nicht enthalten, *Moniteur* 1, 211, 216, 221. Stanislas Graf de Clermont-Tonnerre, Offizier, 1789 Mitglied der états généraux und der Nationalversammlung, ermordet 10. August 1792.

⁵ *Jallet*, *Moniteur* 4, 386 Que toutes les nations soient libres comme nous voulons l’être; *De Sillery*, La nation est libre et souveraine, 388; *Condorcet*, La nation française est libre, et ce que est plus que d’être libre, elle a le sentiment de la liberté, 10, 755. *Jacques Jallet*, Pfarrer, 1789 Mitglied der états généraux und der Nationalversammlung.

und 1793 zu drei außenpolitischen Handlungskomplexen nachgegangen werden: Krieg, Gültigkeit der von den Königen abgeschlossenen Verträge und die sogenannten *réunions*⁶.

c. Die Bedeutung politischer Rede

Diese Debatten bildeten ein neues Element der Politik, da die Versammlungen nicht nur berieten, sondern entschieden. Sie wurden im Druck, u. a. in der *Gazette Nationale ou Le Moniteur universel* verbreitet⁷. Zwar bildeten öffentliche Diskurse über Politik, Gestaltung des Staates und der Gesellschaft zentrale Bestandteile der Aufklärung. Aber sie liefen bis zur Revolution parallel zur Politik, waren politische Philosophie, nicht selbst Politik. Mit dem Übergang der Entscheidungsgewalt auf die Repräsentativversammlungen bedurfte politisches Handeln der öffentlichen Begründung durch die Repräsentanten, um ihr Handeln gegenüber dem Volk als neuem Träger der Souveränität zu legitimieren, um innerhalb, aber auch außerhalb der Versammlung Unterstützung zu gewinnen, um, bis 1792, gegenüber dem König den eigenen Anspruch durchzusetzen und schließlich, um, idealiter, gegenüber der Welt, praktisch gegenüber den europäischen Monarchen und Völkern die neuen Ordnungsprinzipien zu behaupten und, ab 1792, zu verbreiten. So wurde das Wort selbst nach innen wie nach außen zu einer entscheidenden Waffe der Politik. Zwar hatten viele führende Abgeordnete vor 1789 als Philosophen die neue Zeit vorbereitet, wie der Mathematiker und Philosoph Marquis Antoine de Condorcet, Mitautor der *Encyclopédie*, 1791 Abgeordneter der Zweiten Nationalversammlung und 1792 des Konvents, oder der vor 1789 als Publizist tätige Honoré Gabriel de Riquetti, Graf von Mirabeau, ab 1789 Abgeordneter zunächst des Dritten Standes der *états généraux* und danach der Nationalversammlung. Beide waren sehr einflußreich. Nunmehr redeten sie und andere als Politiker, die entscheiden und die Entscheidungen verantworten mußten, einige

⁶ Aus der umfangreichen Literatur: *Alphonse Lamartine*, *Histoire des Girondins* (Brüssel 1847); *François Laurent*, *Histoire du droit des gens et des relations internationales/Études sur l'histoire de l'humanité*, Tome XV, *L'empire* (Paris 1869); *Albert Sorel*, *L'Europe et la révolution française*, 2 Bde. (Paris Bd. 1/3 1893, Bd. 2/2 1889), im folgenden *Sorel*, *L'Europe* 1/2; *Ernest Nys*, *La révolution française et le droit international*, in: *ders.*, *Études de droit international et de droit politique* (Paris 1896) 318–406; *Robert Redslob*, *Völkerrechtliche Ideen der französischen Revolution*, in: Festgabe für Otto Mayer dargebracht von Freunden, Verehrern, Schülern (Tübingen 1916) 273–301, im folgenden, *Redslob*, *Ideen*; *Wolfgang Martens*, *Völkerrechtsvorstellungen der französischen Revolution in den Jahren von 1789–1793*, in: *Der Staat* 3 (1964) 295–314; *Roman Schnur*, *Weltfriedensidee und Weltbürgerkrieg*, in: *ders.*, *Revolution und Weltbürgerkrieg*, *Studien zur Ouvertüre nach 1789* (Schriften zur Verfassungsgeschichte 35) (Berlin 1983) 11–32, im folgenden: *Schnur*, *Weltfriedensidee*; *Marc Belissa*, *Fraternité universelle et intérêt national (1713–1795)*, *Les cosmopolitiques du droit des gens* (Paris 1998), im folgenden: *Belissa*, *Fraternité*; *Heinhard Steiger*, *Das Völkerrecht und der Wandel der internationalen Beziehungen um 1800*, in: *Andreas Klinger*, *Hans-Werner Hahn*, *Georg Schmidt* (Hrsg.), *Das Jahr 1806 im europäischen Kontext. Balance, Hegemonie und politische Kulturen* (Köln 2008) 23–52, im folgenden: *Steiger*, *Völkerrecht*.

⁷ Aus ihm sind die Zitate zitiert nach Band und Seite entnommen.

sogar auf dem Schafot. Dieser Rollenwechsel veränderte ihre Redeweise. Dem kann jedoch nicht nachgegangen werden.

II. Krieg und Volkssouveränität

a. Entscheidung über Krieg und Frieden

Als sich im Frühjahr 1790 aus verschiedenen Ursachen die Spannungen zwischen Großbritannien und Spanien verschärften, drohte Krieg auch für Frankreich. Denn dieses war durch den *Pacte de famille* der vier bourbonischen Häuser von 1761 mit Spanien, Neapel und Bourbon-Parma verbündet und damit u.U. zum Beistand für Spanien verpflichtet⁸. Der König beantragte Geld für die Bewaffnung von 14 Schiffen⁹. Die Nationalversammlung, die sich mitten in den Beratungen über die Verfassung befand, nutzte diesen Anlaß sofort, um die verfassungsrechtliche Frage zu diskutieren und zu entscheiden, wem die Entscheidung über Krieg und Frieden zustehen solle, dem König, der Versammlung oder beiden im Zusammenwirken. Innerhalb dieser Debatte wurden aber auch die, später zu erörternde, völkerrechtliche Gültigkeit des bourbonischen Familienpaktes¹⁰ sowie die grundsätzliche Frage nach den Voraussetzungen eines gerechtfertigten Krieges erörtert¹¹.

Bereits der vierte Redner, Alexandre de Lameth, stellte die zentrale Frage, „si la nation souveraine doit déléguer au roi le droit de faire la paix ou la guerre“¹².

Ausgangspunkt war die Übereinstimmung, daß „Le droit de la paix et de la guerre appartient à la nation“¹³.

Denn es gehörte zu den Souveränitätsrechten der Nation¹⁴. Die Frage war, wem die Ausübung dieser Rechte zustehen solle. Die Versammlung entschied nach z.T. sehr kontroversen Debatten auf Grund eines Kompromißvorschlags Mirabeaus, daß der Beschluß über einen Krieg von der Nationalversammlung auf Vorschlag des Königs gefaßt und von diesem „De la part du Roi des Français et au nom de la Nation“ erklärt werden sollte¹⁵.

⁸ Georg Friedrich Martens (Hrsg.), *Recueil des Principaux Traités d'Alliance, de Paix, de Trêve, de Neutralité etc, conclus par les Puissances de l'Europe*, 6 Bände (Göttingen ab 1791 etc.) 1, 3. Im folgenden zitiert: *Martens, Recueil*.

⁹ *Moniteur* 4, Dazu *Sorel, L'Europe* 2, 84 ff.

¹⁰ Dazu unten S. 66.

¹¹ Die Debatten begannen am 15. Mai 1790, *Moniteur* 4, 371, und endeten am 22. Mai, 444. Dort der Text des Dekretes und die Reaktionen der „Linken“.

¹² *Moniteur* 4, 372; Alexandre Comte de Lameth, Offizier, 1789 Mitglied der états généraux und der Nationalversammlung, 1792 zur Armee.

¹³ Art. 1 Satz 1 des Abschlußdekretes, *Moniteur* 4, 432 und 444.

¹⁴ *Jallet, Moniteur* 4, 386. Ces droits sont une portion de la souveraineté. Ils resident essentiellement dans la nation.

¹⁵ Ebd.; die endgültige Regelung in der Verfassung vom 3. September 1791 in Titre III,

Die Debatte über die Zulässigkeit eines Krieges führte von philosophischen, politischen, praktischen, historischen, rechtlichen Argumenten zu grundlegenden Vorstellungen über die allgemeinen Prinzipien der Gestaltung und Ordnung der Beziehungen der Völker. Bereits zu Beginn der Debatte am 16. Mai 1790 erklärte der Herzog von Lévis, Verteidigungskriege gegen einen Angriff des Feindes seien nach dem Naturrecht gerecht und legitim, Angriffskriege hingegen naturrechtswidrig.

„Je crois pouvoir en tirer une conséquence qui consiste à déclarer que jamais la nation n’entreprendra rien contre la liberté d’aucun peuple, mais qu’elle repoussera avec toute l’énergie propre à une nation libre et puissante les attaques de ses ennemies. Quelle résolution rassurante pour l’humanité.“¹⁶

Jallet erhoffte sich von diesen Prinzipien, daß, wenn alle freien Nationen ihnen folgten, es keine Kriege mehr geben werde. Es sei eine würdige Aufgabe für die Nationalversammlung, diesen Grundsatz zu erklären und ihn allen Nationen zu lehren, die gelernt hätten, frei zu sein¹⁷.

Die Ambivalenz dieses missionarisch-universalisierenden Arguments erwies sich im Frühjahr 1793¹⁸. Doch zunächst sollten diese auf das Naturrecht gegründeten kosmopolitischen Ideen eine umfassende Friedenspolitik tragen. Volney forderte die Nationalversammlung auf:

„Vous changerez, Messieurs, un état de choses déplorables; vous ne souffrirez plus que des millions d’hommes soient le jouet de quelques-uns qui ne sont que leurs semblables, et vous rendrez leur dignité et leurs droits aux nations. ... Aujourd’hui vous allez faire votre entrée dans le monde politique. Aujourd’hui vous allez délibérer pour l’univers et dans l’univers. Vous allez, je l’ose dire, convoquer l’assemblée des nations.“¹⁹

Er schlug ein Dekret vor, in dem die Versammlung u.a. erklären sollte:

„1. Qu’elle regarde l’universalité du genre humain comme ne formant qu’une seule et même société, dont l’objet est la paix et le bonheur de tous et de chacun de ses membres.
2. Que dans cette grande société générale, les peuples et les états considérés comme individus jouissent des mêmes droits naturels et sont soumis aux mêmes règles de justice que les individus des sociétés partielles et secondaires.“

Es folgten Verbote von Kriegen gegen die Beeinträchtigung der Freiheit, des Eigentums und der natürlichen Vorteile anderer Völker. Am Schluß stand der Ver-

Chap. III, Sect. I, Art. 2 und Chap. IV, Sect. III, Art. 2 wich davon insofern ab, als die allgemeine Feststellung fehlte.

¹⁶ Moniteur 4, 383. Er wandte sich ausdrücklich gegen Montesquieu, der Eroberungen in einem Verteidigungskrieg für naturrechtlich zulässig erklärt habe. Pierre-Marie-Gaston Herzog von Lévis, Schriftsteller, 1789 Mitglied der états généraux, 1792 Emigration.

¹⁷ Moniteur 4, 386.

¹⁸ Unten S. 77 ff.

¹⁹ Moniteur 4, 403. Constantin François Volney, 1804 Comte de Chasebœf, Philosoph und Schriftsteller, Mitglied der états généraux und der Nationalversammlung, Professor an der école normale, Senator unter Napoleon.

zicht der französischen Nation auf jeden Eroberungskrieg, der in Art. 4 Satz 2 des endgültigen Dekretes vom 22. Mai 1790 aufgenommen wurde:

„l'Assemblée nationale déclarant à cet effet que la nation française renonce à toute espèce de conquête, et qu'elle n'emploiera jamais ses forces contre la liberté d'aucun peuple.“²⁰

Diese erste Versammlung war pazifistisch gesonnen. Robespierre hatte den Grundton angeschlagen:

„Je suppose qu'au lieu de vous engager dans une guerre dont vous ne connaissez pas les motifs, vous vouliez maintenir la paix; qu'au lieu d'accorder des subsides, d'autoriser les armements, vous croyiez devoir faire une grande démarche et montrer une grande loyauté. Par exemple, si vous manifestiez aux nations, que, suivant des principes bien différents de ceux qui ont fait les malheurs des peuples, la nation française, contente d'être libre, ne veut s'engager dans aucune guerre, et veut vivre avec toutes les nations dans cette fraternité qu'avait commandée la nature. Il est de l'intérêt des nations de protéger la nation française, parce que c'est de la France que doit partir la liberté et le bonheur du monde.“²¹

Der universelle Charakter des Freiheitsprinzips hat noch friedlichen Charakter. Ab 1792 öffnet sich jedoch eine neue, aktiv missionarisch-befreiende Dimension.

b. Begründungen für den Kriegsbeschluß gegen Franz II. vom 21. April 1792

Diese auf Frieden ausgerichtete Grundstimmung änderte sich grundlegend, als sich im Laufe des Jahres 1791 die unmittelbare Konfrontation Frankreichs mit den anderen europäischen Mächten, insbesondere Kaiser Leopold II. und dem preussischen König Friedrich Wilhelm II., immer mehr verdichtete. Diese beiden Herrscher stellten in den Augen Frankreichs durch verschiedene Erklärungen und schließlich die Erklärung von Pillnitz, in der sie sich für die Wahrung der Rechte des französischen Königs und damit gegen die liberté de la nation einsetzten sowie durch ihr Bündnis vom 7. Februar 1792 die neue verfassungsrechtliche Ordnung Frankreichs, die Freiheit und Souveränität des Volkes oder der Nation in Frage²². So konzentrierten sich die Debatten für oder gegen einen Krieg in der 2. Nationalversammlung auf eben diese Grundbedrohung, mochte sie wirklich bestehen oder nur befürchtet werden²³.

Es bestand, aus der Sicht beider Seiten, ein Grundkonflikt zwischen der alten, überkommenen, positivrechtlich verankerten, monarchischen Ordnung und der neuen, auf der naturrechtlichen Souveränität und Freiheit des Volkes und seine volonté générale gegründeten Ordnung. Dieser Konflikt, der in seiner Grundsätzlichkeit und Absolutheit den früheren Religionskonflikten nicht unähnlich war, schien, wie diese, nur noch kriegerisch entscheidbar.

²⁰ Dieser Satz wurde wörtlich in Titel VI Satz 1 der Verfassung vom 3. September 1791 übernommen.

²¹ Sitzung vom 15. Mai 1790, *Moniteur* 4, 373. Maximilien Robespierre, Anwalt, Abgeordneter der états généraux und der Nationalversammlung, ab 1792 des Konvents, 1793 Mitglied des Wohlfahrtsausschusses, 1794 hingerichtet.

²² Text der Erklärung: *Martens*, Recueil 5, 35; Vertrag ebd. 77.

²³ Debatten v. 25., 29., 30. Dezember 1791, *Moniteur* 10, 728, 753, 11, 3 und andere.

Die Rechtfertigung eines Krieges, den Brissot, einer seiner heftigsten Befürworter, ein „bienfait national“ nannte²⁴, wurde auf zwei Ebenen gesucht. Da der naturrechtlich-verfassungsrechtliche Verzicht einen Angriffskrieg verbot, versuchten Brissot und andere Redner nachzuweisen, daß seitens des Kaisers und seiner Verbündeten in der wiederholten Ablehnung der neuen Verfassung, insbesondere in der Erklärung von Pillnitz, der Unterstützung der Emigranten, dem Festhalten an den Ansprüchen der elsässischen Reichsstände, etc. ein Bruch des Einmischungsverbotes des positiven Völkerrechts, aber auch des bourbonisch-habsburgischen Freundschaftsvertrages vom 1. Mai 1756 und sogar „des hostilités imminentes“ i. S. der Verfassung vorlägen. Dies rechtfertige selbst einen Krieg Frankreichs durch einen eigenen Angriff zur Verteidigung der Freiheit der französischen Nation und der Menschen²⁵. Denn die Freiheit und Souveränität des französischen Volkes gebe diesem das Recht, sich eine Verfassung zu geben und sie zu ändern, ohne daß es der Zustimmung irgendjemandes, weder des Königs noch gar der anderen europäischen Mächte, bedürfe²⁶. Er berief sich mehrfach auf „les principes du droit des gens ... les plus sacrés“ gegenüber Leopold II. und dessen Vorgehen gegen das freie Frankreich²⁷.

Auch der Antrag des Königs auf einen Kriegsbeschluß vom 20 April 1792 gegen Leopolds Nachfolger, Franz II., aber nicht als Kaiser, sondern als „König von Ungarn und Böhmen“, beruhte auf dem Nachweis eines Bruchs des Vertrages von 1756, weiterer Verstöße gegen das positive Völkerrecht sowie einer von dem König von Ungarn und Böhmen ausgehenden Bedrohung der neuen Verfassung. Die Regierung wandte so das positiv geltende völkerrechtliche Gebot, sich nicht in die Verfassungsgebung eines anderen Staates einzumischen, auch auf die neue Verfassungslage Frankreichs an²⁸.

Andererseits erklärte Brissot Leopold II. ganz grundsätzlich zum eigentlichen Feind der Nation; denn er fürchte um seinen Thron: „Votre constitution est un anathème éternel aux trônes absolus ... C'est son trône qu'il cherche à maintenir, par une vaine ligue, contre le torrent de l'esprit de liberté.“

Seine Aktionen gegen Frankreich stellten einen Angriff gegen die unaufgebbare Freiheit der französischen Nation dar: „Il s'agit de notre indépendance, et nous ne pouvons la conserver qu'en prévenant nos ennemies.“²⁹

Indépendance meint nicht nur eine äußere Unabhängigkeit, sondern Freiheit der eigenen Verfassung und damit der Volkssouveränität. Daher war sie auch nicht

²⁴ Moniteur 10, 759. Jacques Pierre Brissot, Publizist, 1791 Abgeordneter der 2. Nationalversammlung, hingerichtet 1793.

²⁵ Moniteur 10, 753, 11, 147; Gensonné im Namen des Comité diplomatique, Moniteur 11, 117 ff.; Armand Gensonné, Jurist, Richter, 1791 Mitglied der 2. Nationalversammlung, 1792 des Konvents, 1793 hingerichtet.

²⁶ Moniteur 11, 599.

²⁷ Moniteur 10, 753, 759; 11, 149, 217, 536 und 597.

²⁸ Moniteur 12, 174 ff. Dem entsprach der Beschluß der Nationalversammlung vom 20. April 1792, ebd. 188.

²⁹ Moniteur 11, 147, 149.

auf einem von Leopold II. vorgeschlagenen europäischen Kongreß verhandelbar, sondern mußte notfalls durch Krieg bis zum Tode – *la constitution ou la mort* – verteidigt werden³⁰.

Stand zunächst nur die Verfassung Frankreichs, d.h. die Souveränität und Freiheit des französischen Volkes, zur Verteidigung, so trat nach und nach die universelle Dimension der souveraineté des peuples als mitbestimmendes Argument für einen Krieg deutlicher hervor. Am 25. Dezember 1791 empfing, wie es häufig geschah, die 2. Nationalversammlung während der Debatte um das Vorgehen gegen die Emigranten eine Deputation. Ihr Sprecher Louvet rief zum Krieg gegen die Emigranten und die sie unterstützende „Koalition der Tyrannen“ auf,

„Nous vous demanderons qu’entre nous et les rois Dieu soit appelé pour juge, et qu’il décide irrévocablement, s’il fit le monde pour quelques hommes, ou si plutôt il ne voulut pas que quelques hommes appartenissent au monde.“³¹

Durch den Krieg solle die Welt von der Knechtschaft befreit, die Erklärung der Menschenrechte in alle Hütten getragen, den Menschen die ursprüngliche Würde wiedergegeben werden, das Menschengeschlecht sich erheben und frei atmen können. Die Abgesandten der zu einer Einheit und großen brüderlichen Familie verschmolzenen Nationen sollten gemeinsam die Gleichheit der Rechte, die Freiheit der Religionen, die ewige Philosophie, die allgemeine Souveränität und so den Frieden beschwören. Louvet erhielt großen Beifall. Hier erscheint der säkularisierte Religionskrieg mit Gottesurteil zur allgemeinen Verwirklichung der naturrechtlich begründeten universellen Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen gegen die überkommene, als tyrannisch gebrandmarkte Ordnung. 1789 sollte, so Guadet, nicht nur das erste Jahr der Freiheit Frankreichs, sondern der *liberté universelle* werden³². Vergniaud, der ähnlich argumentierte wie Brissot, rief aus: „En méritant le titre de bienfaiteurs de votre patrie, vous mériterez aussi celui de bienfaiteurs du genre humain.“³³

Auch Brissot rief nicht nur zur Verteidigung des Respekts vor der französischen Freiheit und der neuen Verfassung, sondern auch „de la liberté universelle dont vous êtes les dépositaires“ auf. Die eigene Freiheit und Souveränität und die der anderen Völker gehörten zusammen, wie Robespierre schon früher gesagt hatte, und bedingen sich gegenseitig. Das wurde besonders in einer Erklärung hervorgehoben, die Condorcet der Nationalversammlung am 21. April gewissermaßen als Kommentar zum Kriegsbeschluß vorlegte. Jede Nation habe das Recht, sich selbst die Gesetze zu geben und sie auch zu ändern. Es gehöre jeder oder kei-

³⁰ Guadet, *Moniteur* 11,119, Dekret der Nationalversammlung; ebd. 120.

³¹ *Moniteur* 10, 728. Jean-Baptiste Louvet de Couvray, Schriftsteller, Redner, 1792 Mitglied des Konvents.

³² *Moniteur* 10, 729, Marguerite-Elie Guadet, Anwalt, 1791 Mitglied der 2. Nationalversammlung, 1792 des Konventes, 1793 für kurze Zeit des Wohlfahrtsausschusses, 1794 hingerichtet.

³³ *Moniteur* 11, 157, 159. Pierre-Victorin Vergniaud, Anwalt, 1791 Mitglied der 2. Nationalversammlung, 1792 des Konvents, 1793 hingerichtet.

ner: „L'attaquer dans une seule c'est déclarer qu'on ne le reconnait dans aucune autre.“³⁴

Was sollte aus der Universalität dieser Freiheit der Völker und den Grundsätzen der eigenen Verfassung für das Verhalten gegenüber anderen Völkern folgen? Zwar hatte die Versammlung am 29. Dezember 1791, ebenfalls auf Vorschlag Condorcets, die Notwendigkeit und Berechtigung zu einem Krieg gegen die Emigranten und deren Unterstützer um der Würde und Freiheit der französischen Nation willen bejaht. Aber gemäß dem verfassungsrechtlich festgeschriebenen Verzicht auf Eroberungskriege und Kriege gegen die Freiheit anderer Völker fährt die Erklärung fort

„Fière d'avoir reconquis les droits de la nature, elle (la nation française d.V.) les outragera pas point dans les autres hommes; jalouse de son indépendance ... elle ne portera point atteinte à l'indépendance des autres nations.“³⁵

Aber wenig später formulierte Raymond aggressiv

„Nous arrivons à la seconde époque de notre révolution. À mesure qu'elle s'achève dans l'intérieur, et que nous tournons nos regards sur ce que nous environne, nous sommes avertis qu'elle est à faire à l'extérieur.“³⁶

Nach dem Kriegsbeschluß versuchte Merlin noch zu unterscheiden: „Il faut déclarer la guerre aux rois, mais la paix aux nations.“³⁷

Der in der Rolle des „Orateur du genre humain“ auftretende Anarchis Cloots, der als Gastredner zugelassen wurde, rief unter starkem Beifall den Abgeordneten zu:

„C'est ici la crise de l'univers: le sort du genre humain est entre les mains de la France. Nous combattons pour les droits de l'homme et nos victoires ajouteront un nouvel éclat à la dignité humaine, nous frapperons les despotes et nous délivrerons les hommes.“

Des weiteren verglich er das Handeln Gottes, der das ursprüngliche Chaos beseitigt habe, mit dem der Franzosen, die das feudale Chaos bereinigten und fuhr fort: „on nous fait une guerre impie ... nous faisons une guerre sainte.“³⁸

Allmählich machte sich anscheinend die Vorstellung breit, die französische Nation habe die naturrechtliche Freiheit und Souveränität der Völker nicht nur für sich zu schützen, sondern sie als naturrechtlich-universelle bei anderen Völkern zu verbreiten, wiederum mit Begriffen, die der religiösen Sprache entlehnt waren. Das wurde im Herbst und Winter 1792/1793 konkrete Politik.

³⁴ Moniteur 12, 187.

³⁵ Moniteur 10, 755.

³⁶ Moniteur 11, 159.

³⁷ Moniteur 12, 186.

³⁸ Moniteur 12, 192; auch Briefe der Bürger von Nancy, ebd. 260 und 261. Jean Baptiste (Anacharsis) Cloots, niederländisch-preußischer Adeliger, bereits vor 1789 wohnhaft in Paris, Redner und Publizist, 1792 Mitglied des Konvents, 1794 hingerichtet.

c. *Die Republik und die Befreiung der unterdrückten Völker*

Der Übergang zur Republik, den der neu gewählte Nationalkonvent am 22. September 1792 vollzog³⁹, begriffen als die eigentliche Vollendung der geheiligten, unveräußerlichen und unverjährbaren Freiheit und Souveränität des Volkes, der nachfolgende Prozeß gegen Ludwig XVI. und dessen Hinrichtung führten den Konflikt mit den alten Mächten in einen fundamentalen Antagonismus. Der äußere Krieg wurde zum existentiellen Kampf um die Republik. Er konnte nicht nur militärisch, er mußte nach innen wie nach außen in der auf Öffentlichkeit gegründeten Republik notwendig auch rethorisch-argumentativ geführt werden. Dabei kam der Rede von der Universalität des Prinzips der natürlichen Freiheit der Völker gegen die Despotie der Monarchen zentrale Bedeutung zu.

Ihre militärischen Erfolge im Herbst und Winter 1792/93 eröffneten der Republik auch reale Möglichkeiten, diese theoretische Universalität militärisch und politisch in den besetzten Gebieten der Gegner umzusetzen. Nach der Eroberung Brüssels im November 1792 erklärte Grégoire, zu diesem Zeitpunkt Präsident des Konvents:

„C'est le mouvement révolutionnaire imprimé par lui (le peuple français, d.V.) dans l'Europe, dans l'univers, et qui ne laisse plus de terme aux conquêtes de la liberté.“⁴⁰

Noch waren es die conquêtes de la liberté, aber sie wurden zu als freiwillige réuni-ons verschleierten Eroberungen Frankreichs.

In der Sitzung des Konvents vom 19. November 1792 wurde die konkrete Frage diskutiert, wie in den besetzten Gebieten vorzugehen sei⁴¹. Anlaß war ein Schreiben des *Club des Amis de la liberté et de l'égalité* in Mainz, in dem dieser um den Schutz Frankreichs gegen die „Tyrannen“ bat. Lépeaux schlug vor, den Völkern, *peuples*, die sich mit Frankreich verbrüdern wollten, den Schutz Frankreichs zu gewähren. Zwar wurde zunächst das Comité diplomatique beauftragt, einen Bericht dazu vorzulegen. Aber es wurde bereits ein vorläufiges Dekret verabschiedet, in dem der Nationalkonvent im Namen der französischen Nation allen Völkern, die ihre Freiheit erlangen wollten, „fraternité et secours“ versprach. Er beauftragte die Exekutive, die Generäle entsprechend zu instruieren⁴². Das naturrechtliche Universalitätsprinzip der Freiheit und Souveränität der Völker gegen die als Tyrannen oder Despoten bezeichneten Fürsten wurde endgültig über die Grenzen Frankreichs hinausgetragen. Die Abgeordneten beriefen sich darauf, daß die Armeen der Republik „marchent pour assurer la liberté des peuples voisins“ und daß die französische Nation, indem sie ihre eigene Souveränität erklärt habe, auch allen anderen Nationen ihre Souveränität zuerkannt habe.

³⁹ Moniteur 14, 8 Auf Vorschlag Grégoires „La Convention Nationale décrète que la royauté est abolie en France“. Henri Grégoire, katholischer Priester, 1789 Mitglied der états généraux und der Nationalversammlung, 1791 Bischof von Blois, 1792 Mitglied des Konvents.

⁴⁰ Moniteur 14, 501.

⁴¹ Moniteur 14, 517.

⁴² Text *Martens*, Recueil (Anm. 8) 6, 741.

Die Konsequenzen wurden erst nach und nach sichtbar. Als am 4. Dezember eine Deputation der Repräsentanten Brüssels und des *peuple souverain de l'Hainaut*, das alle staatsrechtlichen Bindungen zum Hause Habsburg und die alte aristokratische Ordnung abgebrochen und aufgehoben hatte, im Konvent erschien und um eine Garantie für die neu gewonnene Unabhängigkeit in einem zukünftigen Friedensvertrag bat, zögerte der Konvent jedoch, seinerseits neue verbindliche Verträge zu schließen⁴³. Aber die Fortschritte bei der Besetzung Belgiens zwangen den Konvent, allmählich eine kohärente Politik zu entwickeln, wie man sich dort verhalten sollte⁴⁴. Cambon denunzierte die „principes de philosophie et de générosité“ als zunehmend ruinös für die Republik. Zwar sage man, sie bringe diesen Völkern die Freiheit. Aber man trage das Geld und die Lebensmittel dort hin.

Die Debatten führten schließlich zu einem zweiten Dekret vom 15. Dezember 1792, in dem der Konvent erheblich über das erste Dekret vom 19. November hinausging⁴⁵. Cambon, der für die drei Ausschüsse für Finanzen, Militär und Diplomatie dem Konvent Bericht erstattete, benannte als Ziel des Krieges

„C'est sans doute l'anéantissement de tous les privilèges. Guerre aux châteaux, paix aux chaumières; voilà les principes que vous avez posés en la (den Krieg, d.V.) déclarant: tout ce qui est privilégié, tout ce qui est tyran, doit donc être traité en ennemi dans les pays où nous entrons. Telle est la conséquence naturelle de nos principes.“⁴⁶

Der Berichterstatter beklagte, daß man bisher die alte Ordnung weithin aufrecht erhalten, den Adel, den Klerus, die Privilegierten weithin ungeschoren in ihren wirtschaftlichen, politischen und amtlichen Positionen belassen, ihnen keine Sonderlasten auferlegt habe und so im Grunde den Versprechungen und schönen Parolen von der Freiheit des Volkes keine Taten habe folgen lassen. Die Ausschüsse schlugen daher vor, daß mit dem Eintritt in die feindlichen Gebiete die Generäle die bestehende feudale und tyrannische Ordnung der Privilegien etc. aufheben und beseitigen, die alten Autoritäten absetzen und eine freiheitliche Ordnung auf der Grundlage der Prinzipien der französischen Revolution und Republik, der Souveränität des Volkes mit neuen Organen errichten sollten. Dafür sollten Primärversammlungen einberufen, Wahlen veranstaltet und provisorische Behörden eingesetzt werden. So hieß es in der Präambel des zweiten Dekretes

„La Convention nationale fidèle au principe de la souveraineté des peuples qui ne lui permet pas de reconnaître aucune institution qui y porte atteinte ...“

⁴³ Moniteur 14, 652. Dazu unten S. 72 f.

⁴⁴ Moniteur 14, 703. Joseph Cambon, Kaufmann, 1791 Abgeordneter der 2. Nationalversammlung, 1792 des Konvents, 1793 Mitglied des Wohlfahrtsausschusses, Gegner Robespierres, Deportation unter dem Direktorium, begnadigt, 1815 Verbannung.

⁴⁵ Moniteur 14, 755; *Martens*, Recueil 6, 741. Dazu u. a. *Laurent*, L'Empire 179; *Sorel*, L'Europe 3, 197 ff.; *Redslob*, Ideen 288; *W. Martens*, Völkerrechtsvorstellungen 307; *Belissa*, Fraternité 333 ff., mit sehr unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Wertungen.

⁴⁶ Moniteur 14, 758. Joseph Cambon, Kaufmann, 1791 Abgeordneter der 2. Nationalversammlung, 1792 des Konvents, 1793 Mitglied des Wohlfahrtsausschusses, Gegner Robespierres, Deportation unter dem Direktorium, begnadigt, 1815 Verbannung.

Absätze 1 und 2 stipulierten:

„Dans les pays qui sont ou qui seront occupés par les armées de la république française, les généraux proclament sur-le-champ au nom de la nation française, l'abolition des impôts ou contributions existants ... et généralement tous les privilèges. Ils déclareront au peuple qu'ils lui apportent paix, secours, fraternité, liberté et égalité. Ils proclameront la souveraineté du peuple et la suppression de toutes les autorités existantes; ils convoqueront de suite le peuple en assemblées primaires ou communales, pour créer et organiser une administration provisoire; ils feront publier, afficher et exécuter dans la langue ou l'idiôme du pays dans chaque commune, la proclamation annexée au présent décret.“

In der Proklamation stand u. a.

„Dès ce moment, la république française proclame la suppression de tous vos magistrats civils et militaires, de toutes les autorités qui vous ont gouvernés ...“

Auch alle Steuern, Abgaben, Privilegien, Korporationen von Adeligen und Priestern und deren Vorrechte wurden von der französischen Republik aufgehoben.

„Vous êtes, dès ce moment, frères et amis, tous citoyens, tous égaux en droit, et tous appelés également à défendre, à gouverner et à servir votre patrie.“

Artikel 3 des Dekretes schloß jedoch Adel, Geistliche und andere Privilegierte von der Teilnahme an der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit und damit aus dem „Volk“ aus. Einwände, dieses Vorgehen sei gerade nicht revolutionär, da es die Völker eines Teiles ihrer Souveränität beraube, fanden kein Gehör⁴⁷. Außerdem wurde festgelegt, welche Gesetze die Volksvertretung zu erlassen habe, daß den neu eingerichteten Verwaltungen französische Kommissare vom Konvent als Berater zugeordnet werden sollten und zur Sicherung der „Befreiungskosten“ das Vermögen der privilegierten Klassen unter französische Sequester zu stellen sei u. a. mehr.

Die Reaktionen der Betroffenen, vor allem in Belgien, waren geteilt. Abgesandte der Versammlung des Hennegau baten den Konvent, das Dekret zu widerrufen.

„Généreux Français, nation fière et juste, rappelez votre décret du 15 décembre, où vous nous parlez en vainqueurs, en maîtres, en souverains, lors-que de vous-mêmes, vous décrêtez la cessation de nos impôts et de nos revenus publics; que vous mettez sous votre main, et que vous ordonnez la régie de nos biens nationaux; que vous prononcez autrement que par notre organe l'extinction de nos agrégations ou corporations politiques; que vous prescrivez même confiscation des propriétés particulières, ce que nos anciens despotes n'osaient pas faire, lorsqu'ils nous déclaraient rebelles, qu'ils nous traitaient en rebelles. Représentants de la nation française, nous vous demandons, nous vous conjurons, au nom sacré de la liberté, de revenir de vos prétentions sur la nation belge.“⁴⁸

⁴⁷ Moniteur 14, 761. Claude Bazire (Basire), Anwalt, 1791 Mitglied der 2. Nationalversammlung, 1792 des Konvents, 1794 hingerichtet.

⁴⁸ Moniteur 14, 818; ebenso le peuple libre et souverain de la ville d'Anvers, sowie ein von Cambon verlesener Brief aus Brüssel 15, 297, 322.

Der amtierende Präsident des Konventes, Barère, warf ihnen jedoch vor, dem Adel und dem Klerus, den Feinden der Rechte der Völker überall noch zuviele Rechte einzuräumen⁴⁹.

Hingegen begrüßte eine Delegation der Société des Amis de la liberté et de l'égalité aus Mons das Dekret und beschuldigte den Adel, dem belgischen Volk die Bitte um seine Aufhebung entrissen zu haben. Auch Abgesandte der Société des Amis aus Brüssel, die offenbar den Adel und die Geistlichkeit in der dortigen gewählten Versammlung verdrängt hatte, unterstützten das Dekret⁵⁰.

Auch das Ausland erhob Einwände. Großbritannien sah in dem Dekret vom 19. November einen Aufruf zum Aufruhr in anderen Staaten. Dazu erklärte der französische Außenminister Lebrun-Tondu:

„Il est deux cas bien distincts où ce décret peut et doit trouver son application, soit envers les peuples qui sont sous la dominance des puissances avec lesquelles nous sommes en guerre, soit par rapport aux pays gouvernés par des puissances absolument neutres; il ne peut y avoir de difficulté.“⁵¹

Für den ersten Fall stützte sich der Außenminister offenbar auf das damals geltende Völkerrecht, das der Besatzungsmacht das Recht zur völligen Neuordnung auch der Verfassung einräumte⁵². Für den zweiten Fall komme französische Hilfe hingegen nur in Betracht, wenn ein Volk seine Fesseln zerbrochen, die Despoten verjagt, seine Freiheit hergestellt, seine volonté générale organisiert und klar zum Ausdruck gebracht habe und dann den Beistand Frankreichs anrufe.

„C'est alors que le décret du 19 novembre trouve une application naturelle, et nous doutons qu'elle puisse paraître étrange à personne.“

Man gebe nur eine Hilfe, die man selber gerne von anderen freien Nationen gehabt hätte, wohl eine Spitze gegen Großbritannien⁵³.

⁴⁹ Moniteur 15, 297; Bertrand Barère de Vieuzac, Rechtsanwalt, 1789 Mitglied der états généraux und der Nationalversammlung, 1792 des Konventes, Präsident im Prozeß gegen Ludwig XVI., Mitglied des Wohlfahrtsausschusses, nach 1815 Verbannung.

⁵⁰ Moniteur 14, 855; ebd. 15, 376. Diese Versammlung hatte sich zunächst ausdrücklich gegen das Dekret gewandt.

⁵¹ Moniteur 14, 792. Pierre-Marie-Hélène-Marie Lebrun-Tondu, Geistlicher, Publizist, 1792 Mitglied des Exekutivausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, 1793 hingerichtet. Diese Auseinandersetzung habe ich in meiner früheren Darstellung, *Steiger*, Völkerrecht 33, übersehen.

⁵² *Heinhard Steiger*, „Occupatio bellica“ in der Literatur des Völkerrechts der Christenheit (Spätmittelalter bis 18. Jahrhundert), in: *Die besetzte res publica*, hrsg. v. *Markus Meumann, Jörg Rogge* (Berlin 2006) 201–240, hier 219 ff., wieder abgedruckt in: *ders.*, *Von der Staaten-gesellschaft zur Weltrepublik? Aufsätze zur Geschichte des Völkerrechts aus vierzig Jahren*, in: *Wolfgang Graf Vitzthum u.a.* (Hrsg.), *Studien zur Geschichte des Völkerrechts* 22 (Baden-Baden 2009) 627–666, 645 ff.

⁵³ Zur weiteren Diskussion das Schreiben des britischen Außenministers Lord Grenville und die Antwortnote des französischen Exekutivrates, Moniteur 15, 121 und 123. Lord Grenville wies in seinem Schreiben vom 31. Dezember 1792 die französischen Erklärungen zurück und sah in den Dekreten eine Aufforderung zu Umsturz und Revolte in anderen, auch neutralen Staaten, zumal der Konvent britische Revolutionäre empfangen und geehrt hatte. Der Exekutivrat hob in seiner Antwortnote vom 7. Januar 1793 noch einmal hervor,

Auf der Linie dieser Dekrete schlug Condorcet im Februar 1793 namens des Comité constitutionnel für den Entwurf einer neuen Verfassung Teil XIII Art. 3 vor,

„Dans les pays occupés par les armes de la république française les généraux sont tenus de maintenir ... la sûreté des personnes et des propriétés, et d'assurer aux citoyens de ces pays la jouissance entière de leurs droits naturels, civils et politiques. Ils ne pourront sous aucun prétexte et en aucun cas, protéger, sous l'autorité dont ils sont revêtus, le maintien des usages contraires à la liberté et l'égalité naturelles, et la souveraineté des peuples.“⁵⁴

Der Text wurde aber infolge der weiteren Entwicklungen nicht angenommen. Als sich das Kriegsglück im Frühjahr wendete und die Republik von innen wie von außen in existentielle Gefahr geriet, nutzte Danton in der Debatte über den Verrat des Generals Dumouriez am 13. April die Gelegenheit zu beantragen

„Il est temps, citoyens, que la Convention nationale fasse connaître à l'Europe qu'elle sait allier la politique aux vertus républicaines. Vous avez rendu, dans un moment d'enthousiasme, un décret dont le motif était beau sans doute, puisque vous vous obliez de donner protection aux peuples qui voudraient résister à l'oppression de leurs tyrans. Ce décret semblerait vous engager à secourir quelques patriotes qui voudraient faire une révolution en Chine. Il faut, avant tout, songer à la conservation de notre corps politique et fonder la grandeur française. Que la république s'affermisse, et la France, par ses lumières et son énergie, fera attraction sur tous les peuples. ... Décrétons que nous ne nous mêlerons pas de ce que se passe chez nos voisins ...“⁵⁵

Der Konvent beschloß daraufhin, ohne das Dekret vom 15. Dezember ausdrücklich aufzuheben,

„La Convention nationale déclare, au nom du peuple français, qu'elle se n'immiscera pas en aucune manière dans le gouvernement des autres puissances; mais elle déclare en même temps qu'elle s'envelopera plutôt sous ses propres ruines que de souffrir qu'aucune puissance s'immisce dans le régime intérieur de la république, et influence la création de la constitution qu'elle veut se donner.“⁵⁶

daß das Dekret nur Anwendung finde, wenn „la volonté générale d'une nation, exprimée clairement et sans équivoque appellera l'assistance et la fraternité de la nation française“. Aufruhr und Ausdruck der volonté générale schlossen sich gegenseitig aus. Das erste sei die Bewegung einer kleinen Gruppe. Wenn diese aber zum allgemeinen Willen werde, die Regierungsform oder ganz allgemein die Verfassung zu reformieren oder zu ändern, sei sie kein Aufruhr mehr, ebd. 123. *Ernest Nys*, *La révolution française et le droit international*, in: *ders.*, *Etudes de droit international et de droit politique* (Paris 1896) 318–406, hier 391 hat versucht, das Dekret vom 19. November auf dieser Grundlage als vereinbar mit dem damals geltenden Völkerrecht zu rechtfertigen. Aber er übersieht den politischen und militärischen Gesamtzusammenhang, in dem bereits das erste Dekret stand. Das zweite bildete gerade im Gesamtverständnis des Konvents selbst lediglich dessen konsequente Weiterentwicklung, keine neue Stufe. *Laurent*, *Histoire* (Anm. 6) 183 interpretierte die beiden Dekrete vom 19. November und 15. Dezember hingegen als Proklamationen „d'un nouveau droit des gens, fondé sur la solidarité humaine“ und der Brüderlichkeit. Ihren Grund hätten die Solidarität der Völker und die sich aus ihr ergebenden brüderlichen Pflichten in den Augen der französischen Revolution in der Freiheit der Völker gehabt. Jedoch seien die anderen Völker dieser hochherzigen Wohltat Frankreichs nicht würdig gewesen.

⁵⁴ Text: *Moniteur* 15, 488.

⁵⁵ *Moniteur* 16, 143.

⁵⁶ *Laurent*, *L'Empire* 184 und *Martens*, *Völkerrechtsvorstellungen* 312 sehen darin den Eintritt der Republik in das „concert européen“.

Ein Vorschlag Robespierres für eine Ergänzung der Erklärung der Menschenrechte in der neuen Verfassung, der noch der universalistisch-interventionistischen Idee verhaftet war, wurde wie Condorcets Vorschlag nicht aufgenommen

„I. Les hommes de tous les pays sont frères, et les différents peuples doivent s’entr’aider selon leur pouvoir, comme les citoyens du même état.

II. Celui qui opprime une nation se déclare l’ennemi de tous.

III. Ceux qui font la guerre à un peuple pour arrêter les progrès de la liberté, et anéantir les droits de l’homme, doivent être poursuivis par tous, non comme des ennemis ordinaires, mais comme des assassins et des brigands rebelles.

IV. Les rois, les aristocrates, les tyrans, quels qu’ils soient, sont des esclaves révoltés contre le souverain de la terre, qui est le genre-humain, et contre le législateur de l’univers, qui est la nature.“⁵⁷

Kapitel XXV der – zunächst suspendierten – Verfassung vom 18. Juni 1793 lautete nur noch sehr knapp

„Art. I Le peuple français se déclare l’ami et l’allié naturel des peuples libres.

Art. II. Il ne s’immisce point dans le gouvernement des autres nations; il ne souffre pas que les autres nations s’immiscent dans le sien.“⁵⁸

d. Krieg gegen Großbritannien, den Statthalter der Niederlande und Spanien

Zwar wurden in den Kriegserklärungen vom 1. Februar 1793 an Großbritannien und die Niederlande und am 7. März 1793 an Spanien eher herkömmliche Kriegsgründe genannt⁵⁹. Aber deren durchschimmernde Folie bildete die Grundthese, diese drei Mächte achteten die neuen Verhältnisse in Frankreich und die Rechte der freien Nation nicht.

Die französischen Generale hoben auch in den Niederlanden nach der Eroberung die bestehende Verfassung und die Statthalterschaft auf und schufen unter ihrer Kontrolle republikanische Strukturen, um, wie es hieß, die Niederländer von ihrem despotisch-tyrannischen System zu befreien⁶⁰.

e. Fazit

Die Universalisierung des naturrechtlichen Prinzips der souveraineté du peuple zur souveraineté des peuples hatte den Krieg von einem Verteidigungskrieg der eigenen Freiheit zum Interventionskrieg zur Befreiung anderer Völker vom monar-

⁵⁷ Moniteur 16, 213, endgültiger Text: 228.

⁵⁸ Moniteur 16, 688. Es handelt sich, wie schon bei den Bestimmungen von 1791, um allgemeine Grundsätze des außenpolitischen Handelns gegenüber anderen Nationen oder Völkern im Frieden, also gewissermaßen um ein verfassungsrechtliches Interventionsverbot.

⁵⁹ Moniteur 15, 332, 335, 639; dazu auch der vorhergehende Bericht von *Brissot*, 127. Dazu *Belissa*, *Fraternité* 348 ff.

⁶⁰ Dekret über das Vorgehen der französischen Generale in den Niederlanden vom 2. März 1793 und Brief *De la Convention nationale de France aux Bataves*, Moniteur 15, 608 und 610.

chisch-feudalen Despotismus verwandelt. Er wurde alsbald zu einem dissimulierten Eroberungskrieg⁶¹.

III. Alte Verträge und neue Freiheit

Wie erwähnt, wurde 1790 im Hinblick auf den *pacte de famille* der bourbonischen Häuser von 1761 in der Nationalversammlung diskutiert, ob durch einen Vertrag des Königs auch die freie Nation als neue Trägerin der Souveränität und des Rechtes des Krieges und des Friedens an diesen gebunden sei⁶². Diese Frage war von grundsätzlicher Bedeutung und stellte sich mehrfach.

a. Der bourbonische Pacte de famille von 1761

Da es sich bei dem *pacte de famille* um einen Bündnisvertrag handelte, wurde die Bindung im Hinblick auf die praktisch-politische Bündnistreue einerseits und auf die naturrechtlichen Grenzen der Zulässigkeit eines Krieges andererseits diskutiert. Hatte der Herzog de Biron zur Eröffnung der Debatte im Namen der Ehre d'un peuple libre, ja der révolution et de la liberté für die Vertragstreue gegenüber Spanien plädiert⁶³, so ging die Debatte in der Folge in die andere Richtung.

Pétion de Villeneuve erklärte am 16. Mai 1790 u. a.

„Les traités d'alliances sont des injustices quand ils protègent des puissances injustes. Ils sont une source intarissable de guerres tant que l'alliance n'est pas générale. C'est un jeu trompeur, dont les chances sont tantôt bonnes, tantôt mauvaises, et toujours injustes.“⁶⁴

Robespierre frug

„Un Pacte de famille, est-il un pacte national? Comme si les querelles des rois pouvaient encore être celles des peuples.“⁶⁵

Mirabeau stellte hingegen differenzierend und vermittelnd einerseits auf die Verpflichtungen aus der Allianz, d. h. nach bestehendem positiven Recht, andererseits auf die Prinzipien der neuen Verfassung, d. h. die Erklärung der Menschenrechte und den Verzicht auf Angriffs- und Eroberungskriege, ab, die beide naturrechtlich begründet waren⁶⁶.

⁶¹ *Bélissa*, Fraternité 328 ff.

⁶² Oben S. 54; Dazu *Sorel*, L'Europe 2, 84 ff.

⁶³ *Moniteur* 4, 371. Armand-Louis de Gouton, Herzog von Biron, Offizier im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, 1789 Mitglied der états généraux und der Nationalversammlung, 1792 Oberbefehlshaber der Rheinarmee und anderer Truppen, 1793 hingerichtet.

⁶⁴ *Moniteur* 4, 390. Jérôme Pétion de Villeneuve, Anwalt, 1789 Mitglied der états généraux und der Nationalversammlung, 1791 Präsident des Pariser Kriminaltribunals, 1791 Bürgermeister von Paris, 1792 Mitglied des Konventes, auf der Flucht vor Verhaftung 1794 gestorben.

⁶⁵ *Moniteur* 4, 397.

⁶⁶ *Moniteur* 5, 480 ff. Ausschlußbericht bei der Wiederaufnahme der Debatte am 25. August 1790.

„Nous avons dû distinguer le système qu'avait embrassé jusqu'ici le gouvernement français, de la théorie qui convient à un nouvel ordre des choses. ... La nation française, en changeant ses lois et ses mœurs, doit sans doute changer sa politique.“

Jedoch dürfe man um der eigenen Sicherheit willen das alte System nicht einfach über den Haufen werfen. Ein Interregnum der Verträge sei in außenpolitischen Angelegenheiten höchst gefährlich. Zwar würden die Ideen der Freiheit und der Gleichheit, gerade auch durch das Gewicht Frankreichs, Europa erobern. Aber das gehe nicht von einem Tag auf den anderen. Jedoch habe die Versammlung das Recht, die Verträge zu annullieren, oder über ihre Änderung zu verhandeln⁶⁷. Solange sollten sie zwar gültig bleiben, jedoch solle der König gebeten werden, allen verbündeten Mächten mitzuteilen,

„que le désir inaltérable de la paix, et la renonciation à toute conquête étant la base de notre conduite, la nation française ne regarde comme existantes et comme obligatoires dans tous les traités, que les stipulations purement défensives“.

Schließlich beschloß die Konstituante einerseits, reine Defensiv- und Handelsverträge zu respektieren und andererseits, den König zu beauftragen, einen neuen Vertrag mit Spanien auszuhandeln,

„et de fixer avec précision et clarté toute stipulation qui ne serait pas entièrement conforme aux vues de paix générale et aux principes de justice qui seront à jamais la politique des Français“⁶⁸.

So sollte einerseits dem Partner deutlich gemacht werden, daß nunmehr die souveräne Nation Träger der außenpolitischen Rechte sei und die Entscheidungen treffe. Andererseits wurde auf diese Weise versucht, mittelbar das naturrechtlich begründete Eroberungsverbot in das bestehende positive europäische Völker-Recht einzufügen und dieses dadurch an einem ganz entscheidenden Punkt, dem souveränen Kriegerrecht, zu verändern⁶⁹. Robespierre befürchtete jedoch, daß alle alten, vor allem unbekannten Verträge mit ihren Bindungen auf diese Weise von der Nationalversammlung bestätigt werden könnten⁷⁰.

b. Die Rechte deutscher Stände im Elsaß

Da durch die Dekrete vom 4. August und 2. November 1789 auch die überkommenen Rechte der Reichsstände im Elsaß, die Art. 89 des Vertrages von Münster vom 24. Oktober 1648 vorbehalten hatte, aufgehoben worden waren, kam es zu einem Konflikt mit dem Kaiser und dem Reichstag. Dieser forderte in einem conclusum von Frankreich, die völkervertragsrechtlich garantierten Rechte aufrecht-

⁶⁷ Mirabeau sah die Gefahr, daß Frankreich durch alte Allianzverträge wie den pacte de famille in Kriege gezogen werden könnte, Moniteur 4, 449.

⁶⁸ Moniteur 5, 490.

⁶⁹ Dazu *Carl Schmitt*, *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Ius Publicum Europaeum*, (Köln 1950) 123 ff.

⁷⁰ Moniteur 5, 483.

zuerhalten oder doch eine Entschädigung zu zahlen⁷¹. Wiederum wurde auf den beiden Ebenen des positiven Rechtes und der naturrechtlichen souveraineté du peuple argumentiert.

Mirabeau erklärte zu Beginn der Debatte in der Nationalversammlung am 11. Februar 1790 :

„La question peut être examinée sous rapports du droit naturel et sous ceux du droit public, j’aurais dit volontiers du droit public naturel et du droit public germanique. Vos principes ne sont pas d’accord avec les principes du droit public germanique, mais bien avec la nature; ainsi, sous ce premier rapport, la question serait bientôt décidée. Mais il faut l’examiner en droit public germanique; ... Comme le droit public germanique se trouve parmi les choses inutiles que j’ai apprises dans ma vie, je demande à prouver que, d’après les principes germaniques, les réclamations ne sont pas fondées.

Je ne vois pas comment la nation pourrait être tenue d’une indemnité pour avoir agi suivant les principes du droit naturel, qui doivent être les principes de toutes les nations; tout ce qu’on pourrait faire pour l’auteur du conclusum ce serait de lui envoyer la copie de nos décrets, car il les a mal lus.

Si la question doit être jugée en droit naturel, in n’ya pas lieu de délibérer; si elle doit l’être en droit public germanique, il faut l’ajourner au plus prochain jour.“⁷²

Mit dem Vertrag von Nimwegen von 1679 sei, so Merlin als Berichterstatter des Ausschusses bei der Wiederaufnahme der Debatte im Oktober 1790, die volle Souveränität über das Elsaß auf die französischen Könige übergegangen; damit habe sich die 1648 noch garantierte Territorialgewalt der deutschen Reichsstände in Privatrechte verwandelt⁷³. Diese unterlägen jedoch nach den Wandlungen des Jahres 1789 der volonté générale der Nation, die sie, wenn es das öffentliche Interesse verlange, aufheben könne. Es sei keine Entschädigung zu zahlen, da der Vertrag von Münster durch die Dekrete der volonté générale des französischen Volkes überlagert worden sei, an dessen Beschluß die Eigentümer der Rechte, „qui sont nos concitoyens“, durch ihre Vertreter mitgewirkt hätten. Denn das Elsaß gehöre durch den Willen des elsässischen Volkes zu Frankreich:

„Qu’importe au peuple d’Alsace, qu’importe au peuple français les conventions, qui, dans les temps du despotisme, ont eu pour objet d’unir le premier au second? Le peuple alsacien s’est uni au peuple français, parcequ’il l’a voulu; c’est donc sa seule volonté, et non le traité de Münster qui a légitimé l’union“⁷⁴.

Da dieser Wille keine Vorbehalte hinsichtlich der Lehen erklärt habe, gäbe es auch kein Recht auf Entschädigung.

„Des traités faits sans le concours du peuple français, n’ont pas pu le soumettre à des indemnités pour raison desquelles il n’a pris aucun engagement. En deux mots, ce n’est point par les traités des princes, que se règlent les droits des nations.“

⁷¹ *Belissa*, Fraternité 219 ff.; *Sorel*, L’Europe 2, 77 ff.

⁷² *Moniteur* 3, 348.

⁷³ Bericht des Comité féodal, *Moniteur* 6, 239, Antoine Merlin de Thionville, Rechtsanwalt, Abgeordneter des Dritten Standes der états généraux und der Nationalversammlung, 1792 des Konvents, 1795 Mitglied des Rates der Fünfhundert. Text des Dekretes 6, 241.

⁷⁴ *Moniteur* 6, 241.

Die Bezeichnung der Elsässer als ein eigenes Volk neben dem französischen Volk, dem eine eigene *volonté générale* zur Vereinigung mit diesem zugestanden wird, läßt einen Ansatz zur Selbstbestimmung über den politischen Status erkennen. Zwar scheint dies zu diesem Zeitpunkt überraschend, da zuvor behauptet wird, das Elsaß gehöre spätestens seit dem Vertrag von Nimwegen zu Frankreich. Merlin verwies auf den „*pacte social formé l'année dernière entre tous les français anciens et modernes dans cette Assemblée*“, also auf die Vorgänge des Jahres 1789, die offenbar als der eigentlich konstituierende Akt der Einheit der Nation verstanden wurden. Zwar wird nicht auf die *souveraineté du peuple*, sondern auf dessen *volonté générale* abgestellt. Aber die Souveränität manifestiert sich in dieser *volonté générale*.

Allmählich wurde der Streit grundsätzlicher⁷⁵. Brissot erklärte 1791, wesentlich vorbehaltloser und radikaler als ein Jahr zuvor Mirabeau,

„Il fallait lui (Leopold II.) dire, ... que la souveraineté des peuples n'est pas liée par les traités des tyrans.“⁷⁶

Vertragsrechtliche Privilegien durften keinen Vorrang gegenüber der Souveränität und Freiheit der französischen Nation haben, die ewige und unabänderliche Rechte aller Völker seien.

„Le besoin de l'uniformité et l'équité naturelle prescrivaient la suppression des droits féodaux de l'Alsace et la Lorraine comme de tous les autres.“

Das Beharren von Kaiser und Reich auf den Rechten aus den alten Verträgen rechtfertigte, wie gezeigt, für Brissot den Krieg, da es einen Angriff auf die Souveränität der französischen Nation in eigenen Angelegenheiten darstelle.

c. Vereinigung Avignons und des Venaissin mit Frankreich

Im Sommer 1790 stellten die päpstlichen Gebiete Avignon und Grafschaft Venaissin einen Antrag auf Aufnahme in das französische Königreich. Dem Antrag waren seit 1789 Unruhen, bürgerkriegsähnliche Verhältnisse, Interventionen französischer Truppen, eine Vereinigung beider Gebiete und Wahl einer eigenen Repräsentation vorausgegangen. Die Vereinigung mit Frankreich wurde erst am 14. September 1791 nach langwierigen, kontroversen Debatten beschlossen⁷⁷.

Pétion de Vileneuve stellte als Berichterstatter am 16. November 1790 sechs Fragen: 1. Hängt Avignon von Rom ab, oder ist es in Wahrheit Teil Frankreichs; 2. Konnten sich die Avignoneser im ersten Fall für frei und unabhängig erklären; 3. Ist diese Erklärung ein allgemeiner, authentischer Wille des Volkes oder nur der einiger einzelner; 4. Konnten sie eine solche Erklärung der Unabhängigkeit und des Angebots zum Anschluß an oder Vereinigung mit Frankreich abgeben;

⁷⁵ Moniteur 11, 478, 521, 535, 536.

⁷⁶ Moniteur 10, 760.

⁷⁷ Moniteur 9, 662. Einzelheiten *Bélissa*, Fraternité 233 ff.

5. Kann ein Teil einer Nation eine solche Erklärung beschließen; 6. Welche Reaktion ist gerecht und vernünftig?

„Ainsi ce discours se divise en deux parties principales, l'une traite du droit positif, l'autre des droits naturels et imprescriptibles des peuples“⁷⁸.

Für das positive Recht kam es auf die fortdauernde Gültigkeit vertraglicher Regelungen aus dem 13. bzw 14. Jahrhundert, durch die die beiden Gebiete unter päpstliche Herrschaft gekommen waren, und die weitere historische Entwicklung der Stellung der beiden Gebiete zu Frankreich an. Pétion legte ausführlich verfassungsrechtliche wie völkerrechtliche Gründe für die Ungültigkeit der Verträge dar. Außerdem versuchte er, die fortdauernde und auch immer wieder demonstrierte grundsätzliche Souveränität Frankreichs über diese Gebiete bis in die Zeit Ludwigs XV. nachzuweisen. Darüber hinaus machte er das naturrechtliche Recht der jedem Volk zustehenden und stets verbleibenden Souveränität und Freiheit geltend. Das Volk von Avignon und des Venaissin habe sich wegen der despotischen Zustände der päpstlichen Herrschaft, denen nicht abgeholfen worden sei, in Wahrnehmung dieser Souveränität und Freiheit von der päpstlichen Herrschaft lossagen und den Antrag auf Vereinigung mit Frankreich stellen können. Er prüfte daher nur, ob die *volonté générale* des Volkes auf sichere und legale Weise erklärt worden sei; denn die Mehrheit mache das Gesetz,

„lorsqu'elle est pour l'indépendance, toutes les clameurs des mécontents doivent se taire; toutes ces grands mots d'insubordination, de révolte, ne peuvent pas être écoutés“.

Zur Frage 5 hieß es „Le peuple d'Avignon a toujours été un peuple à part“; dort hätten nicht die allgemeinen Gesetze des Kirchenstaates, sondern die eigenen Gewohnheiten, Gesetze und partikularen Statuten gegolten. Eine Union setze jedoch Übereinstimmung der Teile voraus :

„On ne peut d'ailleurs concevoir de véritable union politique, d'union qui engage tous les membres d'une société, que lorsqu'elle a été librement consenti, que lorsque les conditions en ont été réglées par les individus qui la composent. Un engagement sans volonté est nul.“

Diese fehle für eine Union zwischen Avignon und dem Kirchenstaat, sei aber für die Zugehörigkeit zu Frankreich gegeben.

„Si vous considérez les droits sacrés et imprescriptibles des peuples, Avignon appartient encore à la France, parceque les Avignonnais veulent être Français. Il est de votre dignité, il est de votre grandeur de reconnaître hautement cette souveraineté des peuples, outragée depuis tant des siècles.“

Diese naturrechtlichen Rechte der Völker gingen dem positiven Recht der Verträge jedenfalls dann vor, wenn letztere, wie die des 14. Jahrhunderts, despotischen Ursprungs seien. Auch Robespierre bediente sich beider Ebenen⁷⁹. Wenn die Avignonesen ein *peuple étranger* wären, hätten sie die Rechte der Völker.

⁷⁸ Moniteur 6, 398 ff.

⁷⁹ Moniteur 6, 419. Für ihn waren die Avignonesen jedoch Franzosen und hatten daher ein natürliches Recht auf „Wiedervereinigung“.

Allein der gleiche Souverän mache aus den Völkern von Avignon und Rom ebenso wenig ein Volk wie im Falle Hannovers und Englands. Die von zwei Völkern frei beschlossene Vereinigung sei zudem keine Eroberung, d.h. keine Unterdrückung des einen Volkes durch das andere. Die Angelegenheit wurde an die Ausschüsse verwiesen.

In der am 30. April 1791 wiederaufgenommene Debatte⁸⁰ breitete Menou als Berichterstatter der Ausschüsse einerseits noch einmal die Besitztitel Frankreichs aus Verfassungsrecht und positivem Völkerrecht aus, hob jedoch andererseits ausdrücklich hervor, daß das Volk von Avignon frei und unabhängig sei und sich daher von den Verträgen mit seinen Verwaltern, *administrateurs*, lösen und seine Regierung ändern könne.

„Je crois que ces vérités sont des principes incontestables, qui ne sauraient choquer que les ennemis de la liberté et des droits des nations.“

Die Vermischung beider Ebenen der Argumentation wurde aber auch kritisiert. Malouet erklärte, daß sie sich gegenseitig ausschlossen. Er machte deutlich, daß das überkommene positive Recht der Fürsten die Nation nicht zur Vereinigung berechtige, sondern nur die – naturrechtlich begründeten – Prinzipien der Verfassung: „Brûlons donc les publicistes, arrivons aux droits des peuples“.⁸¹

Daher stützte er eine Vereinigung nur auf diese

„Tout peuple rassemblé a le droit de se déclarer libre, indépendant et de changer son gouvernement avec cette condition préalable que la volonté de tous sera librement manifestée par des formes légales et solennelles.“

Malouet bestritt jedoch, daß diese formelle Bedingung im Falle Avignons wirklich hinreichend erfüllt sei; denn der Aufstand eines Volksteiles reiche nicht aus. Graf Clermont-Tonnerre erklärte, daß die Suche nach positivrechtlichen Gründen für die Rechte Frankreichs auf Avignon und die Union genau dem Verhalten der Könige entspreche, wenn sie irgendwelche Eingliederungen begründen wollten, ohne „Eroberungen“ zu machen. Das sei aber in Wahrheit ein Widerspruch zu dem eigenen Verzicht auf Eroberungen. Diese Art von Begründung sei aus Prinzip absurd. Man müsse daher auf diese und damit auf die Vereinigung verzichten, „si le vœu du peuple, bien librement, bien clairement exprimé, ne nous donne pas un meilleur droit“.

Da die Versammlung entgegen Malouet diese Bedingung erfüllt sah, fußte das Vereinigungsdekret auf beiden Strängen der Begründung,

„L'Assemblée nationale déclare qu'en vertu des droits de la France sur les États réunis d'Avignon et du comtat Venaissin, et conformément au vœu librement et solennellement émis par la majorité des communes et des citoyens de ces deux pays pour être incorporé à la France,

⁸⁰ Moniteur 8, 264, 303.

⁸¹ Moniteur 8, 279. Pierre-Victor Baron de Malouet, Schriftsteller, verschiedene Posten im Staatsdienst, 1789 Mitglied der états généraux und der Nationalversammlung, 1792 Emigration, später Rückkehr nach Frankreich.

lesdits deux États réunis d'Avignon et du comtat Venaissin font, dès ce moment, partie intégrante de l'empire français“.⁸²

Die Vereinigung erscheint in dieser Formulierung zwar als Wiederherstellung alter französischer Rechte, die sich jedoch auf den Willen der citoyens zur Vereinigung stützte. Beides wirkt zusammen, um die Vereinigung, die sich so als réunion im Wortsinn darstellt, zu legitimieren.

Dieser Vorgang enthält ein Element einer Selbstbestimmung der Bürger Avignons und des Comtat über ihren politischen Status, kann aber nur mit Vorbehalt dem Selbstbestimmungsrecht moderner Prägung zugeordnet werden⁸³. Condorcet erklärte allerdings später, sie hätten sich auch für unabhängig erklären können, hätten jedoch die Vereinigung mit Frankreich vorgezogen⁸⁴.

d. Der bourbonisch-habsburgische Vertrag von 1756

Wie dargelegt, wurde in den Debatten um einen möglichen Krieg gegen Leopold II. bzw. seinen Nachfolger Franz II. auch der bourbonisch-habsburgische Freundschafts-Vertrag vom 1. Mai 1756 einbezogen⁸⁵. Zwar berief man sich sowohl in den Debatten wie im Kriegsbeschluß auf den Bruch des Vertrages von 1756 durch Franz II. Brissot argumentierte aber weitergehend, der Vertrag widerspreche dem Verbot der Verfassung, Krieg gegen die – naturrechtlich begründete – Freiheit anderer Völker und Eroberungskriege zu führen, da ein solcher Vertrag mit einem Volk sich u.U. gegen andere Völker richten könne.

„C'est violer le principe de la fraternité universelle.“⁸⁶

Condorcet erklärte

„La liberté et l'égalité sont les bases de la constitution, qu'elles soient aussi celles de nos traités, et qu'entre les peuples et nous, elles deviennent le lien d'une éternelle fraternité.“⁸⁷

Fauchet wandte sich radikal gegen alle alten Verträge, „en déclarant franchement que les alliances faites par les despotes ne peuvent pas subsister sous le règne de la liberté“⁸⁸.

e. Neue Verträge?

Mit der bereits erwähnten Bitte des *peuple souverain de l'Hainaut* Ende 1792 um eine Garantie der Unabhängigkeit bei künftigen Friedensverhandlungen tauchte

⁸² Moniteur 9, 662.

⁸³ Ganz ablehnend *Bélissa*, Fraternité 322.

⁸⁴ Moniteur 12, 187.

⁸⁵ *Clive Parry*, Consolidated Treaty Series 40, 335. Oben S. 57.

⁸⁶ Moniteur 11, 150.

⁸⁷ Moniteur 11, 214.

⁸⁸ Moniteur 11, 177. Claude Fauchet, Geistlicher, Freimaurer, Teilnahme am Sturm auf die Bastille, 1791 Bischof des Calvados, 1791 Mitglied der 2. Nationalversammlung, 1792 des Konvents, 1793 hingerichtet.

zum ersten Mal die Frage auf, ob die Republik einen völkerrechtlichen Vertrag abschließen solle. Die Antwort des Präsidenten des Konvents Barère war ambivalent und ausweichend. Da Frankreich seine Schätze geopfert habe, um anderen Nationen die Freiheit zu bringen, werde es diese nicht wieder durch Verträge fesseln. Er verwies auf die Erklärung vom 19. November, versprach zwar, über die Bitte zu beraten, erklärte jedoch

„La loyauté française, l'intérêt de la république et la majesté des deux peuples sont de plus sûrs garants que des déclarations écrites. Il est temps de changer les formes mensongères de la diplomatie des despotes; leurs traités ne sont que des transactions momentanées, écrites par la faiblesse et déchirés par la force. Les traités des nations, comme leur liberté, sont éternels. Notre diplôme d'alliance et de défense réciproque est écrit de la main de la nature. Nos principes et notre haine contre les tyrans, voilà nos ministres plénipotentiaires. Choisissez le gouvernement libre qui vous paraît le plus convenable. Vous avez ici des amis, des frères et des concitoyens.“⁸⁹

Offenbar scheute man vertragliche Bindungen. Die réunion des Hennegaus überholte die Bitte und damit das Problem.

f. Fazit

Es wird ein deutlicher Bruch in den Argumentationen zwischen der Nationalversammlung von 1789 einerseits und der Nationalversammlung von 1791 deutlich. Mirabeau, Merlin und andere wollten die bestehende Ordnung nicht grundsätzlich aufheben, sondern ihr mit dem Prinzip der natürlichen Freiheit und Souveränität der Völker eine neue Grundlage geben und neue Wege innerhalb derselben eröffnen, mochte es auch in Europa anders aufgenommen werden⁹⁰. Es war, wie nach innen die Beibehaltung der Monarchie, der Versuch, Revolution und Kontinuität aus dem Herkommen auch nach außen zu verbinden. Jedoch zeigte sich bereits in den Avignon-Debatten die rechtstheoretische wie rechtspolitische Schwierigkeit, das alte *droit public* mit den neuen Prinzipien der Volkssouveränität und Freiheit zu verbinden. Am Ende scheinen in der Argumentation die letztgenannten dominant zu sein.

Brissot und andere Abgeordnete der Gironde setzten diese Linie dann konsequent fort und nutzten die naturrechtlichen Argumente, um die alten vertraglichen Bindungen als durch diese überholt beiseite zu schieben und die positivrechtliche Frage ihrer Gültigkeit gar nicht mehr zu erörtern⁹¹. Zwar war in der konkreten Situation der Nachweis, der Vertrag von 1756 sei vom Gegner gebrochen worden, nach außen wie gegenüber der eigenen Verfassung, die einen Angriffs- und Eroberungskrieg verbot, politisch-argumentativ bedeutsam. Aber erst das naturrechtliche Element der Verteidigung der Freiheit der Nation stellte die grundlegende Legitimation für den – von der Gironde wohl gewollten – Krieg her.

⁸⁹ Moniteur 14, 654.

⁹⁰ *Belissa*, *Fraternité* 222 spricht von einem „exercice périlleux de compromis entre droit public et droit des gens“.

⁹¹ Z. B. *Beugnot*, *Moniteur* 11, 176.

IV. Der Konvent und die Reunionen

Die Linie naturrechtlicher Argumentation gegen das positive Recht trug nach den beiden Befreiungsdekreten von 1792 in einem weiteren Schritt auch die „réunions“ der „befreiten“ Gebiete mit der französischen Republik im Frühjahr 1793. Anders als bei der Vereinigung mit Avignon und dem Comtat Venaissin konnten hier keine alten Rechte Frankreichs geltend gemacht werden. Da der Konvent zudem das verfassungsrechtliche Verbot der dem Naturrecht widersprechenden Annexionen beachten mußte, beruhten alle réunions, zumindest formell, auf freien Beschlüssen beider Seiten, mochten die Anträge auch unter französischem Druck zustande gekommen sein⁹². Sie können daher völkerrechtlich als „Vereinigungen“ durch die *volonté générale* und die aufeinander bezogenen Rechtsakte beider Seiten, Antrag und Annahme des Antrages⁹³, verfassungsrechtlich als „Aufnahme“ durch Frankreich in die oder als „Beitritt“ zur Republik angesehen werden⁹⁴.

a. Savoyen

Im September/Okttober 1792 hatten französische Truppen das zum Königreich Sardinien gehörende nördliche Savoyen, das zudem altes Reichslehen war, besetzt. In der Sitzung des Konvents vom 11. November 1792, also noch vor dem Dekret vom 19. November, bat eine Deputation der in Paris ansässigen Savoyarden im Namen Savoyens um die Aufnahme des unterdrückten Volkes in die freie französische Republik.

„Mais nous vous dirons, nous, que ce n'est pas conquérir que d'adopter pour frères des peuples qui veulent être libres.“⁹⁵

Abgeordnete, die im Auftrag des Konvents Savoyen besucht hatten, erklärten, die Savoyarden seien würdige Brüder Frankreichs. Die Bitte wurde an den Gesetzgebungsausschuß verwiesen.

In der Sitzung vom 21. November 1792 wurde ein Beschluß der Versammlung der Abgeordneten der Gemeinden Savoyens durch deren Beauftragte vorgelegt. Diese Versammlung hatte nach der Befreiung durch die französischen Truppen unter Berufung auf die neu gewonnene Souveränität Savoyens den Wunsch ausgedrückt und den Antrag angenommen, mit Frankreich vereinigt zu werden⁹⁶. Der

⁹² Das Völkerrecht sah bis dahin Derartiges nicht vor, auch nicht die Verfassung der Republik.

⁹³ Zu Annexionen schritt erst Napoleon, *Steiger*, Völkerrecht 45.

⁹⁴ Bilden „Vereinigung“ oder „Beitritt“ Euphemismen für einen „Anschluß“? Das mag für Mainz der Fall sein. In den Fällen Avignon und Venaissin hat die Nationalversammlung und in den belgischen Fällen hat selbst der Konvent zunächst gezögert, die Vereinigung oder Aufnahme zu erklären. Andererseits gingen diese Gebiete dann völlig im französischen Staat auf, so daß keine eigenen Rechte blieben. Es zeigt sich, daß die Fälle je für sich analysiert und bewertet werden müssen und moderne Begriffe nicht ohne weiteres übertragbar sind.

⁹⁵ *Moniteur* 14, 457.

⁹⁶ *Moniteur* 14, 540.

Bericht betont, daß sich die französischen Truppen vorher nach Genf zurückgezogen hätten. König Victor-Amadée war abgesetzt und seiner Rechte auf Savoyen für enthoben und verlustig erklärt worden. Es wurde die *nation savoisenne* erhoben, die als solche souverän sei.

Grégoire, der zu diesem Zeitpunkt als Präsident des Konventes amtierte, anerkannte die „Allobrogen“ als ein Volk und Träger der Souveränität und Freiheit, indem er die Abgesandten als „représentants d'un peuple souverain“ anredete⁹⁷. Eine Diskussion und eine positiv-rechtliche Begründung wie bei Avignon und dem Venaissin fanden nicht mehr statt. Im Verlauf der Rede sagte Grégoire u. a.

„La raison, qui resplendit de tous les parts, révèle d'éternelles vérités; elle déroule la grande charte des droits de l'homme, l'épouvantail des despotes.“⁹⁸

Er beschwor wiederum die Universalität der Freiheit, die in beiden Welten, gemeint sind Europa und Amerika, die Throne umstürzen werde, „qui s'abîmeront dans la souveraineté des peuples“. Bald würden die Wunden der Nationen heilen, das Menschengeschlecht wiederhergestellt und das Schicksal der großen Familie verbessert werden. Die Trikolore der Freiheit flattere bereits über Mecheln, Ostende, Mainz, Nizza und Chambéry. Die Vorbereitung der Entscheidung wurde an das Comité diplomatique verwiesen.

Souveränität und Freiheit der Völker haben nunmehr zwei Dimensionen, nach innen die Könige als Despoten und Tyrannen zu vertreiben und sich zur Republik zu erklären, nach außen, sich von einem despotischen Monarchen und damit dem bisherigen Staat zu trennen und sich mit anderen freien Völkern in einem Gemeinwesen der Republik zu verbinden.

In einer weiteren Adresse einer savoyardischen Gesandtschaft, die am 26. November verlesen wurde, wurde wiederum um Vereinigung mit Frankreich gebeten. Es hieß

„la nation française ... magnanime et généreuse .. a juré l'anéantissement de tous les despotes; elle a juré la liberté de tous les peuples, et déjà, d'un pôle à l'autre, les trônes chancelent, et bientôt ils disparaîtront pour faire place à la souveraineté universelle, la seule idole devant qui les mortels épars vont désormais se prosterner.“⁹⁹

Die Grenzen und Ausdehnung einer auf diese Prinzipien gegründeten Republik Frankreich seien, so die Adresse, nie zu weit, weil diese Prinzipien universell seien. Die Union mit diesem nunmehr freien Frankreich wurde stilisiert zur Rettung der Savoyer, aber auch des Glückes der ganzen Menschheit, für das die république universelle gedacht wird.

In der weiteren Debatte brachte Grégoire die Frage auf den zentralen Punkt und beantwortete sie eben dadurch.

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ Der Konvent beschloß, die Rede Grégoires in alle Sprachen übersetzen zu lassen, „car c'est le manifeste de tous les peuples contre les rois“.

⁹⁹ Moniteur 14, 573.

„Des nations diverses ont-elles le droit de se réunir en un seul corps politique? Cette question porte avec soi la reponse; c'est demander, en d'autres termes, si elles sont souveraines. En s'identifiant elles n'aliènent pas la souveraineté, elles consentent seulement à augmenter le nombre des individus qui l'exercent d'une manière collective.“¹⁰⁰

Der „république universelle“ erteile er jedoch aus theoretischen wie aus praktischen Gründen eine deutliche Absage, obwohl auch für ihn galt, „les principes de la nature et la déclaration des droits soient de tous les lieux comme de tous les temps“.

Ihre Anwendung hänge jedoch von den jeweiligen konkreten, stets verschiedenen Umständen ab. Zwar erweitere sich die Domäne der Freiheit in Europa und Asien, aber viele Völker blieben noch für lange Zeit den wahren Prinzipien gegenüber fremd. Zudem wendet er das im 18. Jahrhundert immer stärker aufkommende zivilisatorische Argument gegen die „écumeurs barbaresques, les voleurs d'Arabie et les antropophages de la mer du sud“. So nennt er die république universelle eine Chimäre und ein universelles föderatives System „l'arrêt de mort de la république française“¹⁰¹.

Da dem *peuple de Savoie* wie jedem Volke unabhängig von Größe und Reichtum die volle Souveränität zukomme, untersucht Grégoire zunächst, ob es wirklich frei seinen Willen zur Vereinigung mit Frankreich erklärt habe. Zum zweiten erörtert er, ob eine Verbindung im politischen Interesse Frankreichs liege. Größe allein sei kein Garant, das Ziel und den Zweck eines Staates zu gewährleisten, das Glück seiner Bürger und ihre Bedürfnisse zu erfüllen. Oft bedinge eine zu ausgedehnte Größe sogar eine Gefährdung dieses Zweckes. Von der Größe und den Ressourcen her gesehen, sei eine Vergrößerung Frankreichs und die Aufnahme der von den Tyrannen befreiten Völker nicht notwendig. Aber Savoyen liege innerhalb der von der Natur gegebenen Grenzen der französischen Republik. Die Savoyarden seien eng mit dem französischen Volk durch Zuneigung, physische, moralische und politische Beziehungen verbunden, „tout les rapelle dans le sein d'un peuple qui est leur ancienne famille“. Gegenüber dem anderen Teil des Königreiches, Piemont, bestehe hingegen eine tiefe Abneigung. Es ist ein ähnliches Argument, wie es schon für die Aufnahme Avignons verwendet wurde, aber nun nicht mehr rechtlich, sondern natürlich und moralisch gewendet. Es folgten praktische Argumente, u. a. militärischer und wirtschaftlicher Art sowohl zugunsten Frankreichs als auch zugunsten Savoyens, wenn beide unter denselben Gesetzen und einer Regierung der Freiheit vereint sein würden. Das Dekret über die Vereinigung wurde nach zwei Wortmeldungen mit einer einzigen Gegenstimme beschlossen. Man habe, so wiederum Grégoire, einer durch die Natur vorgegebenen Vereinigung gehorcht

„et ce ne sera pas le dernier hommage que la Convention se glorifiera de rendre aux inspirations de la nature. ... Le seul trône qui restera sera celui de la liberté“.

¹⁰⁰ Moniteur 14, 585.

¹⁰¹ Zu Vorschlägen für eine „Weltrepublik“ in der Gegenwart *Heinhard Steiger*, Brauchen wir eine Weltrepublik?, in: Der Staat 42 (2003) 249–266, wieder abgedruckt in: *ders.*, Staaten-gesellschaft 729–748.

Zwar bedurfte die Aufnahme noch der Ratifikation des französischen Volkes. Aber das war wohl mehr eine Frage des Prinzips als der Realität.

Die Republik hatte mit den beiden neuen Argumenten der Freiheit des savo-yardischen Volkes und seiner grundsätzlichen natürlichen Zugehörigkeit zu Frankreich erreicht, was die königliche Politik nach den alten Prinzipien erstrebte, aber nicht hatte verwirklichen können.

b. Die Vereinigungen des Jahres 1793

Es folgte eine Welle der Anträge auf Vereinigungen erobelter Gebiete in der „Nachbarschaft“ Frankreichs. Ihnen wurde stattgegeben, sobald ein nach Auffassung des Comité diplomatique klares und formell gültiges, freies und rechtlich ordnungsgemäßes Votum des jeweiligen peuple, sei es in den assemblées primaires, sei es durch seine gewählten Repräsentanten vorlag¹⁰².

1. Belgien

Besonders zahlreich und „systematisch“ kamen derartige Anträge aus Belgien. Zwar hatte Barère trotz des Dekrets vom 19. November noch am 3. Dezember 1792 gegenüber der Gesandtschaft aus Brüssel und dem Hennegau erklärt :

„Ce fut la folie des conquérants de donner leurs lois et leurs coutumes à tous les peuples. ... La France n'a rien conquis pour elle dans la Belgique que vos cœurs“.¹⁰³

Aber Anfang März 1793 wurden Brüssel, der Hennegau, Tournai, Löwen, Namur, Ostende, Brügge, Lüttich auf deren Anträge hin mit der französischen Republik vereinigt¹⁰⁴.

Die Debatten um eine Aufnahme begannen mit dem Antrag Lüttichs, der in der Sitzung des Konvents vom 31. Januar 1793 verlesen wurde. In einem Brief an den französischen General Dumouriez teilte der Präsident der Municipalité de Liège mit, daß die überwältigende Mehrheit der Abstimmenden, 9660 von 9700, und wohl auch die Mehrheit der 61 Sektionen der Stadt für eine Vereinigung mit der Republik gestimmt hätten¹⁰⁵.

Danton, der sich intensiv für die Réunions Belgiens einsetzte, gab dafür eine zweifache Begründung:

„Je ne demande rien à votre enthousiasme, mais tout à votre raison, mais tout aux intérêts de la république française“.¹⁰⁶

Zwar sei die Vereinigung die notwendige Folge des Dekrets vom 15. Dezember. Erst durch dieses würde die belgische Opposition aus Aristokraten, Klerus und

¹⁰² u. a. Nizza 31. Januar 1793; Monaco 14. Februar 1793; Bistum Basel 23. März 1793; Mainz 30. März 1793; Dekrete *Martens*, Recueil 6, 416 ff.

¹⁰³ Moniteur 14, 654.

¹⁰⁴ Moniteur 15, 606, 611, 613, 616, 642; Dekrete *Martens*, Recueil 6, 432 ff.; *Belissa*, Fraternité 328 ff.

¹⁰⁵ Moniteur 15, 322.

¹⁰⁶ Moniteur 15, 323. Ähnlich *Ducos* und *Cambon*, Moniteur 15, 322.

Feinden des Volkes ihre Macht verlieren und das Land der Freiheit von ihnen gereinigt werden. Aber er verwies auch, wie schon Grégoire in Bezug auf Savoyen, darauf, daß damit die natürlichen Grenzen Frankreichs an Rhein, Alpen, Pyrenäen und Ozean erreicht würden und nahm so auch ältere Argumente zu den natürlichen Grenzen von Cloots auf, die dieser bereits in der Kriegsdebatte 1791 vorgetragen hatte. Die Interessen Frankreichs drängten in der Argumentation deutlich nach vorne, „cette purgation opérée, nous aurons des hommes et des armes en plus“.

Das universelle Argument der Freiheit und Souveränität der Völker wird hingegen „enthusiastisch“.

2. Randgebiete

Auch in der Diskussion am 15. Februar über die Vereinigung Monacos, der Bailiage de Schaumbourg und anderer Randgebiete mit der Republik berief sich Carnot zunächst auf das Dekret vom 15. Dezember 1792, nannte dann aber zudem auch zwei weitere für eine Vereinigung maßgebende Prinzipien:

„l'intérêt et la justice. Il composent tout le droit des gens et tout le fondement de la morale privée comme de celles des nations. En effet, les nations sont entre elles, dans l'ordre politique, ce que sont entre eux les individus dans l'ordre social.“¹⁰⁷

Die Grundrechte der Nationen seien Unabhängigkeit, Sicherheit nach außen, Einheit nach innen, die nationale Ehre. Freiheit und Souveränität werden nicht genannt.

„Or la loi naturelle veut que l'on respecte ces droits, qu'on s'aide même mutuellement à les défendre ... Sans doute cette justice innée, qui n'est autre chose que la conformité de l'acte à la loi naturelle, n'obligea jamais à sacrifier sa propre sûreté pour celle de son voisin.“

Die Formulierung steht der von Vattel als unvollkommene naturrechtliche Pflicht formulierten Solidarität der Staaten in der *société des nations* nahe¹⁰⁸. Zwar dehnt Carnot sie inhaltlich weit über Vattels Solidarität hinaus auf die Hilfe für die anderen Völker „contre l'ambition, le despotisme et la dépravation de ces principes“ aus, zieht aber, wie Vattel, die Grenze der Hilfe bei den eigenen Interessen oder Notwendigkeiten

„1er, toute mesure politique est légitime dès qu'elle est commandée par le salut de l'état;
2e, tout acte qui blesse les intérêts d'autres, sans nécessité indispensable pour-soi même, est injuste.“

Daraus folge, daß Vereinigungen, Vergrößerungen, Verringerungen oder sonstige Veränderungen eines gegebenen Territoriums einer Republik in keiner Weise ge-

¹⁰⁷ Moniteur 15, 455. Lazare Nicolas Carnot, Mathematiker, 1792 Mitglied des Konventes, 1793 Mitglied des Wohlfahrtsausschusses für das Kriegswesen, 1795 Mitglied des Directoire, 1800 Kriegsminister, während der „Hundert Tage“ Innenminister, 1815 Verbannung.

¹⁰⁸ Heinhard Steiger, Solidarität und Souveränität oder Vattel reconsidered, in: Ekkehart Stein u. a. (Hrsg.) Auf einem Dritten Weg, Festschrift für Helmut Ridder zum siebzigsten Geburtstag (Neuwied 1989) 97–104, wieder abgedruckt in: ders., Staatengesellschaft 133–141.

gen deren Interessen verstoßen dürften. Das gilt positiv für Aufnahmen, wie negativ für Loslösungen, so daß diese für französische Gebietsteile oder Volksteile ausgeschlossen sind,

„S’il en était autrement, s’il était vrai qu’une commune quelconque, en émettant son vœu d’indépendance, pût de ce moment s’isoler de la grande masse, bientôt chaque section de la république, réclamant l’exercice de la souveraineté individuelle, pourrait former un code à part, système qui mènerait droit au fédéralisme et à l’anarchie la plus complète.“

Für die französische Republik wird damit, in Übereinstimmung mit der Verfassung von 1791, jeder Austritt etc. einer Gemeinde auf Grund der Freiheit und Souveränität eines, wenn auch rudimentär organisierten Volksteiles, als Verstoß gegen die Unteilbarkeit der Republik – bis heute – ausgeschlossen. Kommunen und Départements sind lediglich Verwaltungseinheiten.

Hinsichtlich der zu vereinigenden Gebiete hielt Carnot es jedoch für einen Mangel der französischen Politik, das Dekret vom 15. Dezember 1792 über die Befreiung von den alten Herrschaftsstrukturen in den besetzten Gebieten nicht richtig angewendet und durchgesetzt zu haben¹⁰⁹. Man solle im Krieg zwar menschlich, großmütig sein, aber keine diplomatischen Feinheiten kultivieren, sondern stets den großen Interessen der Republik folgen. Da das Gesetz des *salus populi* zum Naturrecht gehöre, es aber keinen Richter über das Naturrecht gebe, müsse und dürfe die eigene Entscheidung getroffen werden. Frankreich aber sei in einem gefährlichen Krieg, in dem die Axt über seinem Haupte schwebe. Zunächst beruft sich auch Carnot auf die genannten natürlichen Grenzen. Aber er will sich nicht auf alte Rechte auf verlorene Gebiete innerhalb dieser Grenzen stützen. Er betont noch einmal das Recht jeder Nation, allein, isoliert zu leben, wenn sie es will, oder sich mit anderen zu vereinigen. „Nous Français ne connaissons de souverains que les peuples eux-mêmes.“ Im Ergebnis bejaht er für alle, nicht nur für das ehemalige Fürstentum Monaco, sondern auch für die kleineren Enklaven und Randgebiete, die zu größeren Staaten gehörten, die Voraussetzungen für eine Vereinigung mit Frankreich. Es galt im Krieg offenbar zweierlei Maß für das relevante „Volk“, das Träger der Freiheit war.

Die Realisierung des natürlichen Rechts der Souveränität und Freiheit der Völker in den belgischen und anderen Gebieten wurde von Danton wie von Carnot argumentativ eingebunden in die Verfolgung der ebenfalls naturrechtlich begründeten und wohl vorgeordneten Interessen Frankreichs an der Sicherung seiner Freiheit und Souveränität durch Sicherung seiner Grenzen und seiner militärischen und ökonomischen Ressourcen und Fähigkeiten¹¹⁰.

¹⁰⁹ Oben S. 61.

¹¹⁰ Zu späteren Entwicklungen Steiger, Völkerrecht 34 ff.

V. Fazit

a. Strukturelle Ambivalenz

Das universelle Recht der Freiheit und Souveränität des Volkes wurde zwar als unverrückbarer Eckstein aller Debatten durchgängig in allen drei Versammlungen festgehalten, paßte sich aber argumentativ den konkreten politischen Verhältnissen und Fragestellungen an und hatte in den jeweiligen inneren wie äußeren Kontexten durchaus verschiedene, ja gegensätzliche praktische Folgen.

In der ersten Phase bis zum Sturz des Königtums wurde regelmäßig neben den naturrechtlichen Argumenten auf das positive Recht des *droit public de l'Europe* abgestellt. Es war offenbar der Versuch, die neuen Prinzipien mit diesem zu verbinden, es nicht aufzuheben, sondern ihm eine neue Grundlage zu geben. Unter der Republik setzte man im Konvent die neuen Prinzipien gegen die alte Ordnung. Man argumentierte und handelte nunmehr außenpolitisch aus dem Geist einer missionarischen Aufgabe, eines Kreuzzuges für die universelle natürliche Freiheit der Völker.

Mit dieser Entwicklung tritt eine strukturelle Spannung zutage, die in der abstrakt-theoretischen Universalität des naturrechtlichen Prinzips der Freiheit und Souveränität aller Völker für seine konkrete politisch-praktische Anwendung liegt. Der Konvent legte anders als die naturrechtliche Völkerrechtslehre¹¹¹, die die innere Souveränität der Nationen d.h. des Staates als formelles Prinzip der Bestimmung über die politische Ordnung begriff, die *liberté des peuples* inhaltlich fest und identifizierte die constitution, wie in Art. 16 der Erklärung der Menschenrechte, mit den Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit und mit der Republik. Indem dieses Konzept mit dem des einen *genre humain* und der helfenden Brüderlichkeit der Nationen untereinander gegen Despotismus und Unterdrückungen verbunden wurde, wurde die souveraineté des peuples in der konkreten Anwendung selbst zur Rechtfertigung verschleierte Eroberungen¹¹².

b. Volksbegriff

Der Volksbegriff wurde entsprechend gehandhabt. Zwar gab es, wie die Zitate zeigen, keinen eindeutigen Sprachgebrauch. Für das französische Volk wurde sowohl ‚nation‘ als auch ‚peuple‘ gebraucht. Für andere Völker wurde überwiegend ‚peuple‘ verwendet, nur in einigen Fällen ‚nation‘. Aber für die französische Nation galt, daß sie nur als Ganze und ungeteilt Träger dieser Freiheit und Souveränität war gegenüber dem König nach innen und gegenüber den anderen Mächten nach außen, wie es auch 1791 ausdrücklich sowohl territorial wie inhaltlich verfas-

¹¹¹ *Emer de Vattel*, *Le droit des gens ou principes de la loi naturelle*, 3 Bücher in 2 Bde. (London 1758) ND (Washington 1916) und (Genf 1983) *Préliminaires* § 15, 9; die Unabhängigkeit führt zum Einmischungsverbot II, IV, § 54, 297.

¹¹² Vattel hatte eine solche Solidarität als eine unvollkommene Pflicht, die nicht eingefordert werden könne, begründet, *Steiger*, Solidarität.

sungsrechtlich festgelegt wurde¹¹³. Wie die Ausführungen Carnots zeigen, wurde an dieser Einheit strikt festgehalten. Da somit den Gliedern die Eigenschaft, Volk zu sein, nicht zugestanden wurde, war ihnen ein Recht auf Selbstbestimmung in Richtung Autonomie oder gar Loslösung versagt¹¹⁴.

Aber die Bevölkerungen von Avignon und dem Venaissin, Savoyen, dem Hennegau, Nizza, Mainz, Brüssel, Lüttich oder der sonstigen vereinigten oder aufgenommenen Gebiete, denen diese *liberté et souveraineté du peuple* und das Recht zur eigenen Verfassung zugesprochen wurde, waren rechtlich Teilbevölkerungen der jeweiligen Gesamtbevölkerung ihres Staates¹¹⁵. Maßgebliches Kriterium war der Ausdruck einer gemeinsamen auf Freiheit gerichteten *volonté générale* als Verwirklichung der Souveränität, sei es des französischen Gesamtvolkes oder sei es eines Teilvolkes, das so zum *peuple séparé* wird. Da jedoch auf eine gewisse korporierte autonome Eigenorganisation als Grafschaft, Stadt oder dergleichen abgestellt wurde, war das sich selbst bestimmende *peuple séparé* politisch-rechtlich vorgeformt. Darüber hinaus ging der Vorschlag des Verfassungsausschusses des Konvents, den Condorcet am 15. Februar 1793 im Konvent für Teil XIII Art. 2 vorlegte,

„Elle (die französische Republik d. V.) renonce solennellement à réunir à son territoire des contrées étrangères, sinon d'après le vœu librement émis de la majorité des habitants, et dans le cas seulement où les contrées qui solliciteront cette réunion ne seront pas incorporées et unies à une autre nation, en vertu d'un pacte social, exprimé dans une constitution antérieure et librement consentie.“¹¹⁶

Durch die sehr offenen und weit interpretierbaren Begriffe *contrées*, d. h. Landstriche, und *habitants*, d. h. Bewohner wurden alle materiellen und formellen Kriterien des Volksbegriffs und der Einheit als Trägerin der Souveränität für die *réunion* aufgelöst. Erst durch den Antrag einer bestimmten Menge hätte sich die politisch-inhaltliche Einheit hergestellt. Der Vorschlag wurde nicht debattiert und auch nicht Verfassungsrecht.

Andererseits wurde der Volksbegriff durch die Zuspitzung des Prinzips der natürlichen Freiheit des Volkes auf die Republik inhaltlich zeitweise erheblich verengt. Denn nicht nur der König, auch die Aristokratie, gemeint ist wohl die hohe Aristokratie, alle Adligen überhaupt, der Klerus, alle Privilegierten wurden mehr oder weniger deutlich aus dem Volksbegriff durch eine radikale gesellschaftliche

¹¹³ Verfassung vom 3. September 1791: Titre II Art. 1 „Le Royaume est un et indivisible“ und Titre III Art. 1 „La souveraineté est une, indivisible, inaliénable et imprescriptible. Elle appartient à la Nation; aucune section du peuple, ni aucun individu, ne peut s'en attribuer l'exercice“. Die Verfassung vom 24. Juni 1793 Art. 1 formulierte „La République est une et indivisible“ und in Art. 7 „Le peuple souverain est l'universalité des citoyens français“.

¹¹⁴ Im November 1789 hatten die Stände des Cambrésis sich gegen das Gesetz zur Säkularisierung des Kirchenvermögens gewandt. Darin sah die Nationalversammlung einen Verstoß gegen die Souveränität der Nation, *Moniteur* 2, 206 ff.

¹¹⁵ Die staatsrechtliche Konstruktion wurde zwar für Avignon eingehend diskutiert und für Savoyen angesprochen, aber nicht mehr für die belgischen Gebiete. Sie spielte letzten Endes keine entscheidende Rolle.

¹¹⁶ *Moniteur* 15, 456.

Gleichheit ausgeschlossen, sowohl in den Reden, wie auch z.B. durch das Dekret vom 15. Dezember 1792, was zur „purgation“ von „feindlichen“ Bevölkerungs- teilen, bis hin zur physischen Vernichtung führte¹¹⁷.

c. *Enthousiasme versus raison*

Die naturrechtlich-universalistischen Argumentationen zum Prinzip der natürlichen Freiheit und Souveränität der Völker gehören zur Inszenierung des Dramas der französischen Revolution und ihrer inneren Entwicklung¹¹⁸. Es spielte vor dem inneren wie dem äußeren Forum der Versammlungen, dem in der Salle de Manège real anwesenden französischen Volk und den umgebenden Völkern Europas, den Freunden wie den Feinden der französischen Revolution.

„Il est temps que le mouvement de cette Assemblée change; il faut qu'elle se dresse en majesté aux yeux des peuples qui la regardent“,

rief Isnard am 5. Januar 1792 in der Nationalversammlung aus¹¹⁹. Die Reden müssen auch als Ausdruck und Träger des allgemeinen revolutionären Enthusiasmus begriffen und interpretiert werden¹²⁰. Sie haben daher sprachlich ein starkes thea- tralisches Moment an sich¹²¹.

Mit dem Drama spitzte sich 1792/93 auch die Sprache zu. Die Republik war nach innen wie nach außen keineswegs gesichert. Die Gleichzeitigkeit der Ver- abschiedung der beiden Dekrete vom November und Dezember 1792 mit dem Prozeß gegen Ludwig XVI., seiner Verurteilung durch denselben Konvent, in demselben Saal, vor demselben Publikum und seiner Hinrichtung zeigt die beiden Bühnen, auf denen das Schauspiel der republikanischen souveraineté du peuple gespielt wurde. Die innere wie die äußere Zerstörung der bisherigen Grundlagen der Ordnung Europas bedurfte der rhetorischen, dramatischen und appellativen Überbietung, um der neuen Ordnung nach innen wie nach außen universelle Legitimität zu verleihen und um die Einstellung der Abgeordneten wie der citoyens hervorzurufen, die notwendig war, um die Schwierigkeiten des Übergangs zu bewältigen. Es schien eines republikanisch-universellen enthousiasme zu bedürfen, um die Realisierung der Universalität des Prinzips der natürlichen Freiheit und

¹¹⁷ Z.B. *Danton*, Zum Volksbegriff Condorcets, *Isabelle Vissière*, Le peuple d'après Condorcet, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin Luther Universität Halle Wittenberg (XIX/1970) Heft 3/4, 111–117.

¹¹⁸ Dazu u. a. *Gerhard Kurz*, Die Französische Revolution als Schauspiel der Geschichte, in: Die Französische Revolution, Vorlesungen erster Teil, *Helmuth Berding*, *Günter Oesterle* (Hrsg.), Gießener Diskurse (Gießen 1989) 155–171.

¹¹⁹ *Moniteur* 11, 47. Maximin Isnard, 1791 Mitglied der 2. Nationalversammlung, 1792 des Konvents, zeitweise des Wohlfahrtsausschusses, 1796 des Rates der Fünfhundert.

¹²⁰ Zur Sprache in der französischen Revolution *Jacques Guilhaumon*, Sprache und Politik in der französischen Revolution (Frankfurt a.M. 1989); *Hans Ulrich Gumbrecht*, Funktionen parlamentarischer Rhetorik in der Französischen Revolution (München 1978).

¹²¹ *Georg Forster*: „Der Enthusiasmus hat immer etwas Theatralisches“, zit. bei *Kurz*, Revolution 162.

Souveränität der Völker zu tragen, von dem man sich zudem einen dauerhaften Frieden erhoffte, wenn die eigensüchtigen Despoten und ihre Helfershelfer erst einmal vertrieben wären. Aber dieser enthousiasme erwies sich als flüchtig. Zwar zog Danton im März 1793 noch das Dekret vom 15. Dezember 1792 für den Anschluß Belgiens heran, schüttete aber wenige Tage später seinen Spott über den enthousiasme des Konvents als Weltbeglückung in China aus. Er, Ducos u. a. setzten dem erfolgreich die auf die Probleme und Interessen Frankreichs bezogene politische raison entgegen.

Der Begriff enthousiasme schwankt im 18. Jahrhundert in seiner Akzeptanz¹²². Vor allem Voltaire stand ihm kritisch gegenüber, wohingegen Diderot und Rousseau ihn positiv besetzten. Holbach verwandte ihn offenbar bewußt widersprüchlich. Einerseits heißt es „Si l'enthousiasme est louable, c'est sans doute quand il a le bien-être du genre humain pour objet“. Das könnte eine Grundlage des Dekrets vom 15. Dezember 1792 sein. Andererseits fordert er „Il est temps de puiser dans la nature des remèdes contre les maux que l'enthousiasme nous a fait“¹²³. Hier ist zwar wohl ein religiöser enthousiasme gemeint. Aber das läßt sich auf den quasi-religiösen republikanischen Enthusiasmus übertragen. Danton scheint dieser negativen Beurteilung des enthousiasme durch Voltaire und Holbach zu folgen, wenn er die durch die Vernunft zu bestimmenden Interessen der Republik gegen den republikanischen enthousiasme setzt. Mochten die Revolution und der Krieg weitergehen, der Enthusiasmus war erschöpft. Spätere Versuche, ihn wieder zu beleben, u. a. durch den Vorschlag Grégoires für eine déclaration des droits des gens hatten keinen Erfolg¹²⁴. An die Stelle der réunions traten die offenen Annexionen.

d. Selbstbestimmung der Völker?

Handelt es sich bei dem Prinzip der ab 1790 zur souveraineté des peuples universalisierten souveraineté du peuple um eine Frühform des Rechts auf Selbstbestimmung? Belissa hat das verneint¹²⁵. Die zentrale Frage sei nicht der unabhängige Staat gewesen, sondern die Volkssouveränität im Verhältnis zur Souveränität des Königs.

Es ging ab 1789 in der Tat zunächst darum, die eigene Freiheit und Volkssouveränität nach innen zu verwirklichen und dann ab 1791 nach außen zu verteidigen.

¹²² Ich folge Werner Kraus, Über französisch „enthousiasme“ im 18. Jahrhundert, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (XIX/1970) Heft 3/4, 91–100. Zu Enthusiasmus allgemein A. Müller, Art. Enthusiasmus, in: Historisches Wörterbuch der Philosophie, Joachim Ritter u. a. (Hrsg.) 2, 525–528; Wolfgang H. Schrader, Art. Enthusiasmus, in: Ästhetische Grundbegriffe, Historisches Wörterbuch in sieben Bänden (AGB), Karheinz Barck (Hrsg.), 2 (Stuttgart, Weimar 2001) 223–240.

¹²³ Zitate bei Kraus, ebd. 98 f.

¹²⁴ Moniteur 16, 688. Georg Friedrich Martens, Einleitung in das positive Europäische Völkerrecht auf Verträge und Herkommen gegründet (Göttingen 1796) Vff. unterzog sie einer scharfen Kritik.

¹²⁵ Belissa, Fraternité 222.

Auch in der Universalisierung des Prinzips in der Theorie und seiner Umsetzung in der politischen Praxis der Befreiungen und Vereinigungen ging es für die Bevölkerungen dieser Gebiete darum, die Herrschaft der Despoten und Tyrannen abzuwerfen und sich als freie Völker zu konstituieren. Aber der zweite Schritt schloß sich mit einer gewissen inneren Notwendigkeit an, auf dieser Legitimation über den eigenen politischen Status durch Loslösung von ihrem bisherigen Staat und Beitritt zu Frankreich zu bestimmen, wenn auch schließlich nur in die eine Richtung der Vereinigung mit Frankreich. Dieser innere Zusammenhang kam in den Anträgen wie in den Debatten um die Reunionen sehr deutlich zum Ausdruck. Mit dem Beitritt wollte der zum freien und souveränen Volk gewordene Volksteil endgültig das Königtum und seinen Despotismus abschütteln, was durch Verbleiben im alten Gesamtstaat nicht möglich war. Insofern unterschied sich diese „Selbstbestimmung“ über den politisch-staatlichen Status vom modernen gegen eine Fremdherrschaft gerichteten Selbstbestimmungsrecht, aber auch von dem Widerstandsrecht der vorhergehenden Epochen, das u.a. die niederländischen Provinzen zur Verteidigung ihrer alten – ständischen – Rechte, Freiheiten, Privilegien als Grundlage der Lösung von der Herrschaft Philipps II. als Landesherrn geltend machten. Aus dem Reich traten sie – zunächst – ausdrücklich nicht aus¹²⁶.

Dennoch kann das Prinzip der souveraineté du peuple als „Urgrund“ des Selbstbestimmungsrechts bezeichnet werden. Denn das moderne Selbstbestimmungsrecht gründet seine Legitimation theoretisch in der vorausgesetzten, in der Konzeption der französischen Politiker der Revolution naturrechtlichen, Freiheit eines Volkes, sich selbst politisch-rechtlich zu organisieren und sich eine eigene Verfassung der Freiheit zu geben, und begründet eben darin in letzter Konsequenz auch den Anspruch auf einen eigenen Staat. Moderne, nach innen gerichtete Volkssouveränität und modernes nach außen gerichtetes Selbstbestimmungsrecht können als historisch gewachsene Ausfächerungen des universellen Prinzips der souveraineté des peuples oder des nations angesehen werden, wie es in den Reden der Abgeordneten der drei Repräsentativversammlungen der französischen Revolution politisch eingesetzt wurde.

Summary

The paper analyses the debates of the three French parliamentary assemblies of the French Revolution between 1789 and 1793, Assemblée Nationale, Assemblée Legislative, Convention, on the topic of the sovereignty and liberty of the people as the basic political principle of the French revolution founded by natural law. By these debates the political discourse left the purely academic and theoretical level it had had within the ancien régime and became itself politically relevant ac-

¹²⁶ Vertrag über die Union von Utrecht 1579, Präambel a.E., *Jean Dumont*, Corps universel diplomatique du Droit des Gens, IV (Amsterdam 1728) Nr. CLVIII, 322.

tion. The topic was used as well as a foundation of the interior revolution against the absolute king and for the establishment of the *Déclaration des droits de l'homme* and of the Constitution of 1791 as for the shaping and active formation of the external politics. This paper concentrates on the latter.

During a first phase from 1789 till 1791 the *Assemblée Nationale* had a more pacifist tendency against wars, especially wars of conquest running against the sovereignty and liberty of other peoples. Only wars of defence should be allowed. This became a rule of the new Constitution.

But in a second phase from the end of 1791, the leading group of the representatives of the newly elected *Assemblée représentative* got the feeling that the results of the Revolution were endangered by the activities of the noble emigrants and their patrons, the Kings of Bohemia, who was at the same time Emperor, and Prussia. They pleaded actively for war against the old European “tyrants” and “despots” to defend the newly acquired sovereignty and liberty of the people, which led to the French declaration of war on the 21st April 1792.

With the transformation of the kingdom of France into the first French Republic in 1792, the third phase began. The principle of the sovereignty and liberty of the people was, as principle of natural law, established as a universal principle of all peoples. The war was understood as a way and even a “duty” of the first liberated people to liberate the other peoples from the yoke of tyranny and oppression by the kings or “tyrants” and the feudal system. The occupation of parts of Belgium, Savoy and the German Empire, gave the Convention the opportunity to transform this “mission” into an active policy and by decree of 15th December 1792 it ordered the French generals to initiate revisions of the existing feudal system into a republican constitution for the occupied territories in order to liberate the peoples in those territories from the tyranny of the monarchs, even against the will of the population.

A second step followed. Already in 1790/91 the *Assemblée Nationale* had discussed and finally accepted the application expressed by their representatives of the papal dependencies Avignon and Venaissin in the name of the principle of the sovereignty and liberty of the peoples, to be incorporated into the revolutionary French state. Now the newly occupied territories were incorporated into the French Republic, if their representatives applied freely and in due form for an incorporation, which then was not considered as a conquest, forbidden by the constitution. But when in 1793 the fortune of war changed, the debates in the Convention became more realistic and interest oriented. Other criteria became important, the political and especially economic interests of France, its natural boundaries or frontiers etc.

A special issue of the debates on the sovereignty and liberty of the – French – people, but related to the questions of war, peace and incorporation of foreign territories concerned the binding force of the old treaties the kings had concluded with the Pope in the 14th century concerning Avignon, with the Emperor in the 17th century concerning Alsace and the alliance with the other Bourbon monarchs concerning their mutual defence of the 18th century. It was generally accepted in

the debates that the principle of the sovereignty and liberty of the – French – people gave the right to the Assembly to renounce treaties concluded before the Revolution by the kings, if they were no longer in the interest of the people.